



- 3 Der Schutz der Menschenrechte nach dem Zweiten Weltkrieg –
eine Antwort auf den Nationalsozialismus?
Rainer Huhle
- 16 Das Hotel Silber in Stuttgart. Zum Stand eines wissenschaftlichen
und erinnerungsgeschichtlichen Projekts
Friedemann Rincke
- 21 »Vergeben konnte ich, vergessen nie« –
die KZ-Gedenkstätte Laura
Andrej Bartuschka
- 27 Die Gedenkstätte Kreuzstahl in Rechnitz
Eva Schwarzmayer
- 39 Das bayerische Netzwerk –
»Historisch-politische Bildung an historischen Orten
des Nationalsozialismus und Gedenkstättenarbeit«
Bernhard Schoßig
- 41 Veranstaltungshinweise
- 42 Literaturhinweise
- 42 Buchbesprechungen

Ines Reich und Maria Schultz:
Sowjetisches Untersuchungsgefängnis Leistikowstraße Potsdam
Carola Rudnick

Die Türkei, die Juden und der Holocaust
Erste wissenschaftliche Monografie zum Holocaust auf Türkisch
Sonja Galler

Titelfoto: Nachbildung Häftlingskleidung in einer Vitrine über die
Dauerausstellung der Gedenkstätte Laura. Siehe hierzu auch den Beitrag von
Andrej Bartuschka. Abbildung: Archiv Landratsamt Saalfeld-Rudolstadt.

Der Schutz der Menschenrechte nach dem Zweiten Weltkrieg – eine Antwort auf den Nationalsozialismus?

Rainer Huhle

»Menschenrecht bricht Staatsrecht.« Ein Satz, den alle Menschenrechtler unterschreiben, liegt er doch der Idee der Menschenrechte als solcher zugrunde: dass sie eben nicht durch staatliche positiv-rechtliche Eingriffe ausgehebelt werden können. »Staatsautorität als Selbstzweck kann es nicht geben, da in diesem Falle jede Tyrannei auf dieser Welt unangreifbar und geheiligt wäre,« sagt der Autor, den ich hier zitiere, weiter, und auch hierin werden wir ihm recht geben. Allerdings ist sein Buch nicht wirklich ein Buch über Menschenrechte. Denn die Beschränkung staatlicher Autorität ergibt sich für ihn nicht aus den Rechten der einzelnen Menschen, sondern daraus, »daß nicht die Erhaltung eines Staates oder gar die einer Regierung höchster Zweck des Daseins der Menschen ist, sondern die Bewahrung ihrer Art.« »Unterliegt aber ein Volk in seinem Kampf um die Rechte des Menschen,« – so Adolf Hitler 1925 in »Mein Kampf, aus dem diese Zitate stammen – »dann wurde es eben auf der Schicksalswaage zu leicht befunden für das Glück der Forterhaltung auf der irdischen Welt. Denn wer nicht bereit oder fähig ist, für sein Dasein zu streiten, dem hat die ewig gerechte Vorsehung schon das Ende bestimmt. Die Welt ist nicht da für feige Völker.«¹ [...] »Die Generation unserer heutigen notorischen Schwächlinge wird selbstverständlich [...] über Eingriffe in die heiligsten Menschenrechte jammern und klagen. Nein, es gibt nur ein heiligstes Menschenrecht, und dieses Recht ist zugleich die heiligste Verpflichtung, nämlich: dafür zu sorgen, daß das Blut rein erhalten bleibt.«²

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR) postulierte hingegen in ihrem ersten Artikel, dass »alle Menschen frei und gleich an Würde und Rechten geboren« seien. Ein in seiner universellen Reichweite ebenso eindeutiger wie bis dahin unerhörter Kontrapunkt! Und damit kein Zweifel bestünde, wie dieses »alle Menschen« zu verstehen sei, präzisiert Artikel 2: »Alle haben Anspruch auf die in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten ohne irgendeinen Unterschied.«

Welche Unterschiede sahen die Verfasser/innen damals, gegen die diese gleichen Rechte zu verteidigen seien? Nicht zufällig nennen sie an erster Stelle »Rasse« – dass wir darin heute eine bedauerliche Verneigung vor der Idee erkennen, dass man Menschen überhaupt wie Hunde in Rassen unterscheiden könne, ist natürlich richtig. Aber diese Idee war vor und nach Hitler allgegenwärtig. Worum es damals ging, war zu erklären, dass »Rasse« jedenfalls kein Grund für Diskriminierung sein dürfe – auch außerhalb der faschistischen Ideologien eine keineswegs selbstverständliche Position. Der zweifellos in erster Linie auf den Nationalsozialismus zielenden Zurückweisung rassistischer Diskriminierung schloss sich in der Liste der Diskriminierungsmerkmale als Nächstes das Geschlecht an, dann folgten Sprache, Religion, politische und sonstige Überzeugung, nationale und soziale Herkunft, Eigentum, Geburt und schließlich eine Catch-all-Formel: »sonstige Umstände«.

Wenn man die Liste der explizit in Artikel 2 der AEMR aufgeführten Diskriminierungsmerkmale betrachtet, könnte man allein hier schon zeigen, dass und wie man sich

damals bemühte, mit der Definition der Menschenrechte auf die NS-Herrschaft und -Ideologie zu reagieren. Erkennbar wird aber auch, dass die Kenntnis der Verbrechen des Nationalsozialismus noch nicht umfassend war bzw. dass bestimmte Opfergruppen noch keine Lobby bei der jungen Weltorganisation hatten. Denn es fällt natürlich auf, dass in der Liste die Behinderten ebenso fehlen wie die Homosexuellen, zweifellos wichtige Zielgruppen nationalsozialistischer Diskriminierungs- und Ausrottungspolitik. Auf der anderen Seite rührt das Diskriminierungsverbot etwa gegenüber Frauen oder der sozialen Herkunft gewiss nicht in erster Linie von der Empörung über den Nationalsozialismus her. Der Kampf für die Gleichberechtigung der Frau war lange vor dem Nationalsozialismus zu einer großen international vernetzten Bewegung geworden, deren Vertreterinnen ihn auch auf der neuen Bühne der UNO weiterführten.

Und auch der Kampf gegen den Rassismus speiste sich aus vielen Quellen. Die Vereinten Nationen waren vom ersten Tag an auch der Ort, an dem sich die antikolonialistische Bewegung weltweit artikulieren konnte. Wenn man die historischen Wurzeln der Allgemeinen Erklärung verstehen will, kann es nicht darum gehen, diese verschiedenen Quellen gegeneinander auszuspielen, wie es leider gerade in den letzten Jahren ein bisschen Mode geworden ist. Spannend ist vielmehr, wie sie – komplementär oder im Spannungsverhältnis – zu einander standen und die Dynamik der Menschenrechtsentwicklung bestimmten.

Beginnen wir mit dem Nationalsozialismus. Der Philosoph und Menschenrechtshistoriker Johannes Morsink schrieb Ende der 1990er Jahre die bis heute umfassendste Monografie des Diskussionsprozesses in den frisch gegründeten Vereinten Nationen, der schließlich im Dezember 1948 zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR) führte³. Anhand der Quellen, insbesondere den Protokollen der einzelnen beteiligten UN-Organe und der dort eingebrachten Entwürfe, Anträge und anderen Dokumenten arbeitete er unter anderem heraus, dass bei praktisch allen der uns heute vertrauten dreißig Artikel der Allgemeinen Erklärung in der Debatte auch auf die Verbrechen der Nationalsozialisten Bezug genommen wurde. Ebenso wie etwa im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess stand dabei die versuchte Ausrottung der europäischen Juden noch nicht so im Mittelpunkt der Wahrnehmung, wie es heute der Fall ist. Die Systematik der Normierung eines Menschenrechtskatalogs konnte schließlich zu einer vertieften Analyse des NS-Systems führen. Dafür entfaltete sie die ganze Breite des in diesem Sinn durchaus totalitären Unrechtsstaates. Bei praktisch allen debattierten Artikeln rief jemand ein spezifisches NS-Unrecht in Erinnerung und schlug Formulierungen vor, die solches Unrecht in Zukunft wenn nicht verhindern, so doch zumindest als Menschenrechtsverletzung brandmarken würden. Selbst zur Begründung der sozialen Menschenrechte wurde angeführt, dass gerade sie eine Wiederkehr des Faschismus verhindern würden.⁴

Dass die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen präsent war – übrigens keineswegs nur bei den Delegierten der unmittelbaren Kriegsgegner Deutschlands – ist angesichts des kurzen zeitlichen Abstands zum Kriegsende nicht verwunderlich, und Hans Morsink hat es ja eindrucksvoll im Detail belegt. Die Frage ist vielmehr, was diese Bezüge auf den Nationalsozialismus nicht nur für die Formulierung und Auswahl einzelner Rechte, sondern für die Konzeption der Menschenrechte insgesamt, für ihre universelle Zielrichtung und für ihren Stellenwert in der neuen »internationalen Weltordnung« bedeuteten, von der damals so enthusiastisch die Rede war.⁵

Einer, der das Kriegsende in Deutschland als Jugendlicher erlebte, schrieb viele Jahre später in seinen Erinnerungen, dass er diese Zeit als »Erfahrung des totalen Zusammenbruchs« erlebt habe, und dass ihn – neben seiner Konversion zum Christentum – »die Anerkennung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, wie sie in der ›Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte‹ der UNO vom 10. Dezember 1948 formuliert sind«, befähigt hätten, sich »von der Ideologie des Hasses, die die Menschen in Über- und Untermenschen unterschied«, zu befreien.⁶ Als ich diese Sätze von Martin Bormann (Sohn) vor vielen Jahren zum ersten Mal las, haben sie mich beeindruckt. Heute empfinde ich sie als eher schal, jedenfalls recht gekünstelt, wie eine Verneigung, zu der sich der Autor verpflichtet sah. Und gewiss als eine arge Vereinfachung der Zusammenhänge.

Doch nach dem Weltkrieg haben viele auch Unverdächtige ähnlich geredet. Mitte 1947 erinnerte der britische Delegierte Geoffrey Wilson seine Kollegen in der Menschenrechtskommission an die historische Situation, in der sie sich befanden. Deutschland und die anderen Feindstaaten hätten vollständig alles missachtet, was die Menschheit als fundamentale Menschenrechte und Freiheiten betrachtet hatte. Es gehe also darum, die bestmögliche Garantie zu erarbeiten, damit sich solche Dinge in der Zukunft nicht wiederholen könnten.⁷

Und der Franzose Henri Laugier, einer der Stellvertreter des UN-Generalsekretärs (und Vorgesetzte Stéphane Hessels), wies der Menschenrechtskommission in ihrer ersten Sitzung die Aufgabe zu, »auf dem Feld des Friedens den Kampf fortzuführen, den die freie Menschheit auf dem Schlachtfeld ausgefochten hatte, [nämlich] die Rechte und die Würde der Menschheit gegen Angriffe zu verteidigen und ein machtvolles Instrument zur Anerkennung der Menschenrechte zu schaffen.«⁸ Er beschwor die Erinnerung an »jene tiefe Nacht, in der viele Millionen Menschen gestorben sind, damit die Menschenrechte leben.«⁹

Solche Zuspitzungen klingen unseren skeptischen Ohren gewiss befremdlich. Ehe man sie aber einfach als ideologische Verklärung beiseite schiebt und den Ideologieverdacht selbst schon als Widerlegung gelten lässt, lohnt es sich, einen genaueren Blick auf den Kontext zu werfen, in dem solche Aussagen an prominenter Stelle gemacht wurden. Henri Laugier war einer der klügsten und unabhängigsten Köpfe im französischen Widerstand, ein nüchtern denkender Arzt und Biologe sowie Bildungs- und Wissenschaftspolitiker. Bei Kriegsausbruch 1939 war er Direktor des CNRS, des großen nationalen Forschungsverbands Frankreichs. Pétains Unterwerfung unter die NS-Herrschaft und -Ideologie war ihm jedoch unerträglich, er warf alles hin und ging ins Exil. 1940 folgte Laugier zunächst einem Ruf an die Universität Montreal. Neben seiner intensiven naturwissenschaftlichen Forschungsarbeit war er in der französischen Exilgemeinde in Nordamerika aktiv und kümmerte sich um die Unterstützung französischer

Henri Laugier, Assistant UN Secretary-General, im Gespräch mit Eleanor Roosevelt vor der ersten Sitzung der UN-Menschenrechtskommission in Lake Success, New York, Januar 1947. Foto: UN-Archiv



Forscher im nordamerikanischen Exil. Im Juli 1943 ging Laugier schließlich auf Wunsch De Gaulles in das eben dem Vichy-Regime entrissene Algerien, um dort die Leitung der Universität zu übernehmen und das Bildungswesen neu aufzubauen. 1944 übertrug man ihm die Aufgabe, die auswärtige Kultur- und Wissenschaftspolitik des befreiten Frankreich neu aufzubauen. Trygve Lie, der norwegische erste Generalsekretär der UNO, berief ihn nach seiner Wahl Anfang 1946 zum »Unter-Generalsekretär« für soziale Fragen, womit er auch für den Aufbau des Menschenrechtsschutzsystems im Rahmen der neuen Organisation zuständig war. Laugier war zutiefst von der moralischen und politischen Notwendigkeit der Menschenrechte überzeugt und glaubte daran, dass sie in der UNO eine tragende Rolle zu spielen hätten. »Menschenrecht bricht Staatsrecht«, das war auch seine Überzeugung, und immer wieder wettete er auch öffentlich gegen den Primat der Staatensouveränität in der UNO gegenüber dem Menschenrechtsschutz.¹⁰ 1951 schließlich, wohl auch enttäuscht von der Rolle der UNO im Koreakrieg, zog er sich aus dem Generalsekretariat der UNO zurück und widmete sich bei der UNO nur noch Aufgaben in der UNESCO.

Ich habe Henri Laugier nicht nur etwas ausführlicher vorgestellt, weil seine wichtige Rolle als Geburtshelfer des heutigen Menschenrechtsschutzsystems ungerechtfertigterweise kaum je erwähnt wird. Er steht durchaus exemplarisch für das Verständnis, mit dem viele Antifaschisten sich an die Neuerfindung der Menschenrechte in Reaktion auf den Nationalsozialismus machten. Nicht nur Kommunisten, auch viele antifaschistische Liberale sprachen sich für Einschränkungen von Menschenrechten aus, wenn sie für die Verbreitung faschistischen Gedankenguts missbraucht würden. René Cassin tat das in der Menschenrechtskommission nach dem Krieg, Laugier argumentierte schon während des Krieges entschieden gegen unbeschränkte Freiheitsrechte für Faschisten. Das Dokument, auf das er dabei schon ab 1942 seine Kritik vor allem richtete, ist die sogenannte Atlantik-Charta.

Diese Atlantik-Charta war die erste einer langen Reihe von Proklamationen der verschiedensten Art, mit denen die Alliierten während des Weltkriegs Demokratie, Freiheit, Frieden und Menschenrechte als ihre Kriegsziele verkündeten, um ihren eigenen Bevölkerungen und letztlich der ganzen Welt eine moralische Basis für den Krieg zu geben, in klarer Antithese zur Ideologie des Faschismus. Beschlossen wurde sie im August 1941, als sich im Nordatlantik Premierminister Churchill und Präsident Roosevelt auf zwei ihrer Kriegsschiffe trafen. Verkündet wurde sie in Form einer schlichten telegrafisch vom Schiff aus übermittelten Pressemitteilung¹¹ – immerhin waren die USA ja noch gar nicht offiziell in den Krieg eingetreten. Lediglich acht knappe Prinzipien waren in der Erklärung enthalten, sie sollten dem Kampf gegen die Achsenmächte politischen und moralischen Auftrieb geben und zugleich in den nach wie vor skeptischen USA den Kriegseintritt psychologisch vorbereiten.

Die Menschenrechte kamen in der Atlantikcharta vor allem in zwei Punkten zum Tragen: Punkt 6 gab der Hoffnung Ausdruck, »dass nach der endgültigen Vernichtung der Nazi-Tyrannie ein Frieden geschaffen werde, der allen Völkern erlaubt, innerhalb ihrer Grenzen in vollkommener Sicherheit zu leben, und der es allen Menschen in allen Ländern ermöglicht, ihr Leben frei von Furcht und von Not zu verbringen.«

»Frei von Furcht und Not«, das waren zwei der vier von Roosevelt bereits im Januar für die USA verkündeten Vier Freiheiten, die auch weiterhin die Kriegszielproklamatio-



nen und die Entwürfe einer neuen Weltordnung nach dem Krieg durchziehen sollten, bis hin zur Allgemeinen Erklärung.

Punkt 3 lautete: »3. Sie achten das Recht aller Völker, sich jene Regierungsform zu geben, unter der sie zu leben wünschen. Die souveränen Rechte und autonomen Regierungen aller Völker, die ihrer durch Gewalt beraubt wurden, sollen wiederhergestellt werden.«

Es war dieser Punkt, der Henri Laugiers heftige Kritik hervorrief. Es könne nicht angehen, den Völkern auch die Freiheit zuzugestehen, sich ein Nazi-, ein faschistisches oder sonst ein totalitäres Regime zu geben. Wenn den Nationen nach dem Sieg solche Freiheiten zugestanden würden, sei das eine Riesenenttäuschung für die Kämpfer, die jeden Tag an der Front ihr Leben opferten. Und obendrein sei es ein Desaster für die Welt und verlangte nach einer Abänderung der Charta in diesem Punkt.¹²

In Wirklichkeit dachte natürlich niemand daran, sich bei der Errichtung eines faschistischen Regimes auf die Atlantik-Charta zu berufen. Was nicht heißt, dass die Nationalsozialisten sie nicht als das beachtet hätten, was sie unter anderem eben auch war: eine höchst wirksame Waffe in der psychologischen Kriegsführung gegen die Achsenmächte. Und sie reagierten mit Gegenpropaganda. Sie brachten zum Beispiel Plakate in Umlauf, auf denen neben einer Collage aus Pressefotos der Begegnung von Roosevelt und Churchill auf dem Atlantik und Bildern von KZ-ähnlichen Szenen hinter Stacheldraht in großen Lettern zu lesen war: »Die Atlantic-Erklärung in der Praxis: Britischer Terror in Indien«.¹³

Der genannte dritte Punkt der Charta, der sich im Sinn der Autoren ganz offensichtlich gegen die faschistischen Unterdrückungsregime richtete, war nämlich auch auf ganz anderen Boden gefallen, als sich vor allem Churchill vorgestellt hatte. Zum Beispiel eben in Indien, wo sich ein kleinerer, aber nicht unbedeutender Teil der Unabhängigkeitsbewegung unter Führung des zeitweiligen Vorsitzenden der Kongresspartei,

Am 14. Oktober wurde die notwendige Zahl von Ratifizierungen erreicht, damit die Völkermord-Konvention in Kraft treten konnte. Auf dem Bild rechts außen stehend Raphael Lemkin, 2. von links Generalsekretär Trygve Lie. Foto: UN-Archiv

des noch heute in Indien weithin hoch angesehenen Subhas Chandra Bose mit den Nazis und Japan gegen Großbritannien verbündete – das erwähnte Plakat entstand im Rahmen dieses Bündnisses.

Sich mit dem Feind seines Feindes verbünden wollte sich allerdings sonst kaum jemand. Umso enthusiastischer nahmen Befreiungsbewegungen in Afrika und Asien die Atlantik-Charta für ihre Ziele in Anspruch. Der junge Mandela, so berichtete er später in seinen Memoiren, fühlte sich durch die Erklärung ungemein ermutigt und erwartete, dass die Südafrikaner die gleichen Prinzipien, für die sie gegen die Nazis kämpften, auch zu Hause respektierten¹⁴. Ferhat Abbas, der Begründer der algerischen Freiheitsbewegung, hatte ein Porträt von Roosevelt in seinem Büro hängen, und das von ihm 1943 verfasste »Manifest des algerischen Volkes« berief sich ebenfalls auf die Charta.¹⁵ Die Gründer der Panafrikanischen Union erklärten 1945 in Manchester, dass der Zweite Weltkrieg »wie in der Atlantik-Charta deutlich gemacht, für die Freiheit aller Völker gefochten wurde«.¹⁶ Und hinsichtlich Indiens hatten selbst in Großbritannien manche Politiker verstanden, dass Churchills Doppelzüngigkeit nicht haltbar sein würde, dass die Charta vielmehr »in aller Entschiedenheit nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung für Indien bedeuten« müsse.¹⁷

Wie gesagt, eine solche Resonanz hatte sich jedenfalls Churchill nicht vorgestellt (für Roosevelt mag es durchaus ein erwünschter Nebeneffekt gewesen sein). Doch es sind genau diese Reaktionen aus allen Teilen der Welt, in denen die Erklärung beim Wort genommen wurde, die ihr ihre welthistorische Bedeutung als eines der ersten Dokumente einer globalen Bewegung für freiheitliche Selbstbestimmung und allgemeine Menschenrechte verliehen. Es half nichts, dass Churchill schon nach kurzer Zeit zurückrudern wollte und versuchte, die Idee der Atlantik-Charta auf das britisch-amerikanische Bemühen, »die Kräfte des Guten in der Welt gegen die Kräfte des Bösen anzuführen«¹⁸, also auf den Kampf gegen Hitler zu beschränken. Viele Untertanen des britischen Empire wie des französischen Empire lasen die Charta anders. Sie sollte sich als ein Sprengsatz für die Zukunft der Kolonialreiche erweisen. Die Wirkung der Atlantik-Charta ist ein klassisches Beispiel dafür, wie Sonntagsreden am Montag zurückschlagen können. Die Menschenrechtsbewegung lebt auch davon!

Mit der Atlantikcharta gingen die Hoffnungen, Impulse und Forderungen der anticolonialen Bewegungen gestärkt in die Diskussion um die Neuordnung der Welt nach dem Krieg ein. In San Francisco saßen im Frühjahr 1945 mit den Philippinen und Indien bereits zwei damals noch abhängige Gebiete mit eigenen Delegationen am Tisch und unterzeichneten die UN-Charta. Vor allem der philippinische Delegierte Carlos Romulo war ein lautstarker Vertreter der Gleichberechtigung der Völker und gleicher Menschenrechte für alle, Indien bald ebenso und etliche andere Vertreter der »Dritten Welt« folgten. In der UN-Charta konnten sie das Prinzip nationaler Selbstbestimmung noch nicht vollständig durchsetzen, doch bei der Diskussion um die Menschenrechte war eine Abstufung der Rechte der Menschen ein Ding der Unmöglichkeit. Das Gleichheitsprinzip als Basis menschenrechtlichen Denkens wurde – außer von Südafrika – von niemandem infrage gestellt. Durch den Weltkrieg hatte die Stimme der Kolonialiserten an Stärke gewonnen und sie ist unüberhörbar eine zweite wichtige zeithistorische Quelle für die Formulierung universeller Menschenrechte. Dies ist nicht neu und in den letzten Jahren auch von der Geschichtsschreibung stärker beachtet und bearbeitet worden. Die interessantere Frage aber ist, wie diese beiden Stränge, der Antifaschismus

und der Antikolonialismus zueinanderstanden. Waren es zwei getrennte Kraftströme oder hatten sie Verbindungen? Und was bedeutete dieses Zusammentreffen für die Idee der Universalität der Menschenrechte?

David Wyman und Charles Rosenzweig haben vor Jahren ein enzyklopädisches Werk herausgegeben: »The World Reacts to the Holocaust«. ¹⁹ Zwar behandelt es vor allem Europa und Nordamerika, doch wird darin immerhin darauf hingewiesen, dass die Verfolgung und Vernichtung der Juden durch die Nazis auch im Rest der Welt wahrgenommen wurde und Entsetzen hervorgerufen hat – oft nicht in den Termini und der Akzentsetzung, die uns vertraut sind, aber auch unsere Rezeption hat sich ja seit den 1940er Jahren stark verändert.

Wenn wir uns die Reaktion von Menschen in Ländern ansehen, die ihre Erfahrungen räumlich, politisch und kulturell weit entfernt von Europa gemacht haben, fällt zweierlei auf: Eine Fähigkeit zu großer menschlicher Empathie mit den Juden als Opfern, und der Zugang zum Verstehen dieser Verbrechen über den Vergleich und Bezug zu eigenen leidvollen Erfahrungen. Gandhi zum Beispiel schrieb bereits 1938 wenige Tage nach dem Novemberpogrom in Deutschland: »Meine Sympathien sind ganz auf der Seite der Juden. [...] Durch [meine jüdischen Freunde in Südafrika] lernte ich viel über ihre jahrhundertelange Verfolgung. Sie waren die Unberührbaren des Christentums. Es gibt eine enge Parallele zwischen der Behandlung der Juden durch die Christen und der Unberührbaren durch die Hindus.« Einige Absätze später jedoch schreibt er: »Die Verfolgung der Juden durch die Deutschen scheint keine Parallele in der Geschichte zu haben. [...] Wenn es je einen gerechtfertigten Krieg im Namen der Menschlichkeit und für sie geben könnte, dann wäre ein Krieg gegen Deutschland zur Verhütung der willkürlichen Verfolgung einer ganzen Rasse völlig gerechtfertigt. Aber ich glaube an keinerlei Krieg.« ²⁰

Das Einzigartige und die Parallele zur eigenen Erfahrung – dieses Nebeneinander ist charakteristisch für viele zeitgenössische Stimmen aus der »Dritten Welt«. Sich darüber von unseren heutigen Kenntnissen über den damals – nicht nur wie bei Gandhi 1938, sondern auch noch in den ersten Nachkriegsjahren – weder begrifflich noch empirisch fasslichen Holocaust aufzuregen, wäre nicht nur unhistorisch. Es bedeutete auch, die leidvollen Erfahrungen der Menschen unter der Kolonialherrschaft und anderen Unterdrückungssystemen, die wir unsererseits im Westen kaum zur Kenntnis genommen haben, weiterhin als Probleme und Leiden zweiter Klasse zu behandeln. Die Verbrechen des Nationalsozialismus waren ein weltweiter Schock und in diesem Sinn eine globale Erfahrung. Dass sie nicht in unseren Begriffen und nicht immer mit der gleichen Emphase, wie wir das heute tun, ausgedrückt wurde, kann weder verwundern noch sollte es verstören. Jedenfalls haben viele Sprecher der damaligen »Dritten Welt« uns, unsere vom Faschismus ausgelöste Katastrophe wahrgenommen und in ihr Verständnis der Weltlage und ihrer Erfordernisse integriert – der Zweite Weltkrieg war ein Weltkrieg auch in den Köpfen.

Uns samt unserem Faschismus ernst genommen hat wenige Jahre nach dem Ende des Krieges der in Martinique geborene Dichter und politische Aktivist Aimé Césaire in seiner kurzen Schrift »Discours sur le colonialisme«. Praktisch zur gleichen Zeit stellte auch Hannah Arendt in »Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft« eine Beziehung zwischen kolonialem Rassismus und totalitärer Herrschaft her ²¹. Vielleicht wegen zu viel Begeisterung für Joseph Conrads »Herz der Finsternis«, begriff sie beides aber als

historisch getrennte Entwicklungen, die erst im Nationalsozialismus zusammenfanden. Ganz anders Aimé Césaire in seiner 1950 veröffentlichten fulminanten Anklageschrift. Ohne Zögern machte er dort den Nationalsozialismus zum Kronzeugen für die »Dekadenz« der westlichen Zivilisation – als Folge ihrer Kolonialpolitik²².

Der Kolonialismus, so Césaire, hat den Kolonialisten entzivilisiert, brutalisiert, zum Wilden gemacht. Und dann sei die europäische Bourgeoisie »eines schönen Tages« inmitten ihrer kolonialistischen Praktiken mit einem schrecklichen »choc en retour« erwacht, als die ganze Barbarei des Kolonialismus in Gestalt des Nationalsozialismus auf sie zurückschlug. »Ach was! Das sind bloß die Nazis, das dauert nicht lange«, äfft Césaire die Selbstbeschwichtigungen der europäischen Bourgeoisie nach, um dann unbarmherzig festzustellen, dass »man, ehe man sein Opfer wurde, Komplize des Nazismus gewesen war [...], dass man ihn gerechtfertigt hat, weil er zuvor nur gegen nicht-europäische Völker angewandt wurde; dass man diesen Nazismus kultiviert hat [...] und dass er jetzt durch all die Risse in der westlichen christlichen Zivilisation quillt, sickert, sich durchbohrt.« Der »ach so distinguierte, ach so humanistische, ach so christliche Bürger« will nicht begreifen, so fährt Césaire unerbittlich fort, dass Hitler sein Dämon sei, dass er in ihm wohne. Und deshalb sei es nur logisch, dass ihn nicht »das Verbrechen an sich, das Verbrechen gegen den Menschen« – wir würden heute sagen, gegen die Menschheit – beunruhige, sondern dass der Nationalsozialismus ein »Verbrechen gegen den weißen Menschen, die Erniedrigung des Weißen« sei; dass man die kolonialistischen Praktiken, die bisher für die »algerischen Araber, die indischen Kulis und die afrikanischen Neger« reserviert gewesen seien, nun auf Europa anwandte.

»Der große Vorwurf, den ich dem Pseudo-Humanismus mache, ist, dass er die Menschenrechte zu lange zu klein gehalten hat, dass er noch immer eine enge und unvollständige Idee von ihnen hat, eine partikularistische und parteische, und letzten Endes eine scheußlich rassistische.«²³

Den Zorn und die Ironie, die aus dem Text des großen karibischen Dichters sprechen, sollten wir ungefiltert auf uns wirken lassen. Und dann aber den tiefen Humanismus hinter der kalten Wut sehen, der Césaire zu seinen bitterscharfen Analysen führt. Césaires Lebenswerk steht für diesen Humanismus ein. Im Kern sind seine Anklagen gegen den Pseudohumanismus, gegen die einseitig praktizierten Menschenrechte, positiv gewendet, ein Schrei nach universellen Menschenrechten. Césaire selbst sah aus der Distanz seiner kleinen Insel Martinique auf das Projekt der Menschenrechte, aber der Sturm solcher Kritik wehte auch durch die provisorischen Gebäude der frühen UNO. Die europäischen Delegierten in der Menschenrechtskommission fanden durchaus ihren eigenen Weg vom Antifaschismus zu einem universellen Menschenrechtskonzept, aber die anticolonialistische Kritik hat sie dabei heftig vorangetrieben.

Ihr universeller Anspruch ist die entscheidende Qualität der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und der ihr vorangegangenen UN-Charta wie auch aller auf der Allgemeinen Erklärung fußenden späteren Menschenrechtskonventionen. Die Universalität ist an sich den Menschenrechten schon logisch eingeschrieben, sonst hätte es keinen Sinn von »Menschen«rechten zu sprechen. Und doch war es erst nach dem Zweiten Weltkrieg möglich, diese Einsicht in eine klare juristische Sprache zu übersetzen und ihr zumindest den Anspruch auch politischer Gültigkeit zu geben. Im Text der AEMR finden wir ohne große Mühe Spuren früherer Bemühungen um allgemeine Menschenrechte, der französischen Erklärung von 1789 ebenso wie der amerikanischen

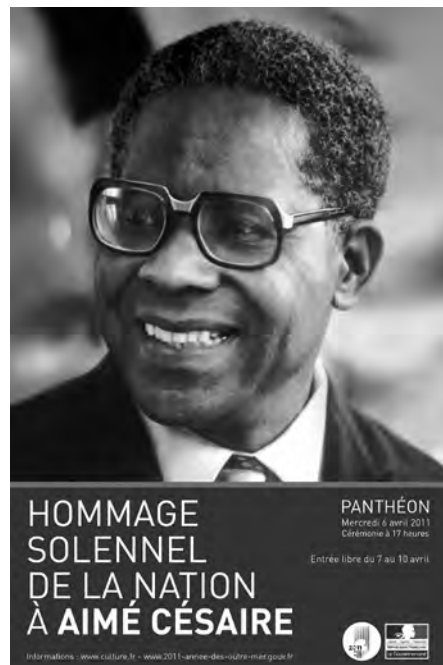
von 1776, oder der »Vier Freiheiten« von 1941. Man findet auch Formeln, die auf die Bemühungen um ein internationales Rechtssystem in der Zeit des Völkerbunds oder auf die Arbeiten der Internationalen Arbeitsorganisation ILO verweisen. Was man nicht findet, ist eine direkte Erwähnung des Nationalsozialismus, auch wenn die Rede in der Präambel von den »Akten der Barbarei, die das Gewissen der Menschheit mit Empörung erfüllen« durchaus auf ihn zielte. Ebenso wenig wird direkt auf den Kolonialismus Bezug genommen.

Die Antwort auf die oft gestellte Frage, warum das so ist, wenn also die Menschenrechte – keineswegs ausschließlich, aber auch – eine Antwort auf den Nationalsozialismus und Kolonialismus waren, warum ihre Spuren dann nur verwischt in der AEMR zu finden sind, liegt genau in diesem Streben nach Universalität, – räumlich, zeitlich, politisch und kulturell.

Auf die Frage, wie eine Wiederholung der Schrecken des Nationalsozialismus oder ähnlicher Verbrechen zu verhindern sei, gab und gibt es sehr unterschiedliche Schlüsse und Konsequenzen, die keineswegs so selbstverständlich auf die Erkenntnis der Rechtsnatur von Menschenrechten hinliefen, wie es in dem eingangs angeführten Zitat von Martin Bormann anklang. Die Reaktionen auf den Nationalsozialismus reichten vom puren Entsetzen, dem Gedenken der Opfer oder dem Wunsch nach Vergeltung bis hin zum Entwurf von Gegenethiken und dem weiten Feld politischer demokratischer Alternativen. Die menschenrechtliche Antwort auf den Nationalsozialismus war und ist nur eine von vielen. Die Originalität dieser Antwort liegt darin, dass sie auf besonderes Unrecht, auf spezifische historische Herausforderungen keine spezifische, sondern eine universelle sein will. Denn Menschenrechte lassen sich gerade nicht einfach aus der Negation heraus, aus dem »Nie wieder« entwickeln. Menschenrechte sind universell, oder sie sind keine. »Zwar wollten die Autoren der Menschenrechtserklärung aus ihr keineswegs die Spuren der monströsen Handlungen tilgen, die einen Aufschrei des menschlichen Gewissens verlangten, aber sie weigerten sich, daraus ein rückwärts-gewandtes Werk voller Ressentiments zu machen. Sie wollten vielmehr ein Monument ständigen Voranschreitens errichten.« So formulierte es, wie so oft etwas gestelzt, René Cassin, als er 1968, dem Jahr in dem er den Nobelpreis erhielt, auf die Erklärung zurückblickte.²⁴

Was also lernte man 1945 (noch einmal: keineswegs ausschließlich, aber auch) aus der Erfahrung des Nationalsozialismus für die Menschenrechte? Schlagwortartig zusammengefasst: Die Einsicht in die Notwendigkeit, eine rechtliche Ordnung für die Nachkriegswelt zu schaffen, die in sich so kohärent wäre, dass sie quasi aus sich selbst heraus derartige Verbrechen zu verhindern in der Lage wäre und das nicht primär als direkte Negation der NS-Ideologie, sondern als Suche nach einer umfassend ausgestalteten Alternative, die alle politischen Großverbrechen und Anschläge auf die Freiheit und Würde des Menschen ausschlosse. Dieses Bemühen um eine universelle Antwort findet sich an allen vier großen historischen Rechtssetzungen, die nach dem Krieg eine neue Weltordnung gegen das faschistische Weltherrschaftsprojekt markierten:

Einst bekämpft, heute in Paris im Panthéon: der anticolonialistische Dichter Aimé Césaire aus Martinique.
Foto: Pressematerial der franz. Regierung



Die UN-Charta mit dem Prinzip des Gewaltverbots und der Postulierung von Menschenrechten: Die politischen Konsequenzen

In der Charta der UNO, die 1945 während der letzten Kriegs- und ersten Nachkriegstage in San Francisco beraten und am 26. Juni 1945 von damals 51 Nationen beschlossen wurde, stand die Aufgabe der Friedenserhaltung in einer künftigen Welt auf der Basis des Völkerrechts im Vordergrund. Dies sollte wie schon im Völkerbund auf der Grundlage der Souveränität der Staaten geschehen (Art. 2, 7).

Aber schon im zweiten Satz der Präambel betonten die Staaten ihre »Entschlossenheit«, ihren Glauben an die Grundrechte des Menschen, dessen Würde und die Gleichberechtigung von Mann und Frau zu bekräftigen. Und als eines der im Kapitel I genannten Hauptziele der neuen Organisation werden ebenfalls die Menschenrechte genannt, und zwar »für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache und der Religion« – eine Formulierung, die später in der Allgemeinen Erklärung aufgegriffen wurde.

Diese »Nahtstelle zweier Artikel der UNO-Charta, die es miteinander zu vereinbaren galt«, wie der Buchenwald-Überlebende und spätere französische UN-Diplomat Stéphane Hessel in seinen Erinnerungen »Der Tanz mit dem Jahrhundert« schreibt²⁵, war eines der zentralen Diskussionsthemen dieser Jahre. Dass die Menschenrechte als normatives Ziel neben der Friedenserhaltung in die Charta kamen und seither ständig am Prinzip der Staatensouveränität »herumnagen«, ist sowohl den europäischen Erfahrungen der NS-Zeit wie der Hartnäckigkeit vieler Vertreter der »Dritten Welt« zu danken.

Der Nürnberger Prozess: Strafrechtliche Konsequenzen

Als Prozess gegen die wichtigsten Repräsentanten des NS-Regimes war der Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess (International Military Tribunal, IMT) die unmittelbarste internationale Auseinandersetzung mit dem NS-Regime. De jure war es eine Veranstaltung der 17 »Vereinten Nationen«, die seit 1942 beschlossen hatten, die NS-Verbrecher nach dem Krieg zur Verantwortung zu ziehen. Auch wenn es sich ausschließlich gegen NS-Verbrecher richtete, war das IMT durch sein Statut und die daraus abgeleiteten »Nürnberger Prinzipien« ebenfalls Teil des umfassenden Versuchs, dem NS-Unrecht allgemeine rechtliche Prinzipien gegenüberzustellen.

Bemerkenswerterweise kommt der Begriff »Human Rights« bzw. Menschenrechte weder in der Rede des US-amerikanischen Chefanklägers Robert Jackson noch im Statut des IMT vor. Der Sache nach allerdings sehr wohl, wenn etwa Jackson feststellte: »Sie [die Nazis] nahmen dem deutschen Volk all jene Würde und Freiheiten, die wir als natürliche und unveräußerliche Rechte jedes Menschen erachten.«²⁶ Oder wenn er ausführlich auf die Grundrechte der Weimarer Verfassung verwies: »Das Ausmaß der Beschränkung der persönlichen Freiheit nach der Verordnung vom 28. Februar 1933 kann man am besten verstehen, wenn man sich die Rechte nach der Weimarer Verfassung, die aufgehoben worden waren, vergegenwärtigt.«²⁷

Dennoch sind die Menschenrechte nicht das Leitmotiv des IMT. Sie werden erwähnt, treten aber hinter den wesentlicheren Kategorien der »Grundsätze der Zivilisation«, des Völkerrechts und der Fairness zurück, die das normative Gerüst umreißen, auf dem die Anklage die von ihr dargestellten Verbrechen verhandelte.

Die Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermords:

Völkerrechtliche Konsequenzen

Die erste direkte Auseinandersetzung innerhalb der UNO mit den Verbrechen des Nationalsozialismus war die Erarbeitung der »Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermords«. Bereits im November 1946 übermittelte die Generalversammlung ihrem Rechtsausschuss einen Resolutionsentwurf zum Thema Völkermord.

Geschrieben hatte ihn der jüdisch-polnische Jurist Raphael Lemkin, der als »Erfinder« des Begriffs des Völkermords gilt, doch in die Generalversammlung eingebracht wurde er von den Vertretern Kubas, Indiens und Panamas. Schon in dieser Hinsicht ist die Entstehungsgeschichte dieser Konvention ein interessantes Beispiel für das Spannungsfeld von historisch-singulärer Genese einer menschenrechtlichen Normierung und ihrer universellen Aufnahme.

Auch Lemkin selbst, 1900 im polnischen Bezwodene (heute Weißrussland) geboren, steht für diese Spannweite. Er war ein brillanter polyglotter Jurist, der Polen gerade noch rechtzeitig vor dem Beginn des Ausrottungsfeldzugs der Nationalsozialisten verließ, dem fast seine ganze Familie zum Opfer fiel. Die Beschäftigung mit dem Völkermord wurde zu Lemkins Lebenswerk.

Schon die Verbrechen an der armenischen Bevölkerung durch die türkischen Regierungen vor und während des Ersten Weltkriegs brachten Lemkin zu der Überzeugung, dass für solche Taten ein neuer Rechtsbegriff nötig sei, für den er dann während des Zweiten Weltkriegs den Terminus »Genozid« vorschlug. Die Größe Lemkins macht es aus, dass er, noch während die Nazis die Ermordung der europäischen Juden systematisch vorantrieben, ein Konzept des Völkermords so allgemein formulierte, dass der Begriff schon zu seiner Zeit das Verbrechen an den Juden ebenso umfasste wie das an den Polen und allen anderen von Vernichtung bedrohten Völkern.²⁸ Die Grenzen seiner Konzeption lagen in der ausschließlichen Fokussierung auf den Schutz von Bevölkerungsgruppen, demgegenüber der Schutz individueller Menschenrechte zweitrangig war.

Noch die am 11. Dezember 1946 – genau zwei Jahre vor der Verabschiedung der Konvention – von der Generalversammlung einstimmig angenommene Resolution 96(I) schloss in die Definition der vom Völkermord bedrohten Gruppen »politische Gruppen« ausdrücklich ein. Im Konventionstext von 1948 bezieht sich der Tatbestand des Völkermords aber nur noch auf Mitglieder einer »nationalen, ethnischen, rassischen oder religiösen Gruppe«. Zahlreiche Staaten, vor allem die im Ostblock, waren nicht bereit, eine Formulierung zu verabschieden, die auch »politische Gruppen« unter den Schutz der Konvention gestellt hätte. Zu groß war die Furcht, dass ihr Umgang mit der eigenen Bevölkerung als Völkermord gewertet werden könne.

Dabei geriet die sowjetische Position in einen inneren Widerspruch: Einerseits engte sie im internationalen Kontext der Völkermordkonvention die Wahrnehmung der Vernichtungsmaschinerie des Nationalsozialismus auf deren rassistischen Charakter ein, um sich davon absetzen zu können. Andererseits minimierte sie in dem von ihr besetzten Teil Deutschlands die Bedeutung der Verfolgung aus rassistischen Gründen und stellte die Kommunisten als die wesentliche Opfergruppe des NS-Regimes dar.

Die spezifische Erfahrung der wenige Jahre zurückliegenden NS-Verbrechen legte die damals getroffene Definition der Völkermordkonvention nahe. Im Gedächtnis der Menschheit in jenen Jahren war die Vernichtung der europäischen Juden das prägende

Ereignis. Die »rassische« Motivation für die Ausrottung einer Bevölkerungsgruppe erschien gerade als das Spezifische des Völkermords im Unterschied zu anderen massiven Verbrechen repressiver Regime. Aus diesem Grund wurde Völkermord, anders als noch in den Nürnberger Prozessen, auch nicht mehr als ein »Verbrechen gegen die Menschheit« definiert, sondern als eigene, besonders zu ächtende Verbrechenkategorie, eine systematisch wie sachlich fragwürdige Entscheidung, die sich aber bis heute, zum Beispiel im Statut des Internationalen Strafgerichtshofes in Den Haag (IStGh) durchgesetzt hat.

Die Entstehung der Völkermordkonvention ist somit ein Beispiel dafür, wie begrenzt und interessengeleitet auch damals schon das Lernen aus dem Nationalsozialismus sein konnte. Sie blieb denn auch nahezu wirkungslos, und das nicht nur, weil der in ihr – immerhin – anvisierte Internationale Strafgerichtshof bis zum Ende des Jahrhunderts nicht zustande gekommen war.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte: Philosophische und ethische Konsequenzen

Deutlich ist in der AEMR das Bemühen erkennbar, einen wirklich systematischen, nicht nur aus der jüngsten Vergangenheit empirisch gewonnenen Begriff von Diskriminierung zu entwickeln. Dieses Verhältnis von zeitgebundener Empirie, von konkreten Lernschritten aus der Erfahrung des Nationalsozialismus und dem gleichzeitigen Streben nach zeitunabhängigen systematischen und universellen Formulierungen ist der innovativste und produktivste Zug der Allgemeinen Erklärung. Das darin enthaltene Spannungsverhältnis ist nicht immer aufzulösen. Wie wir gesehen haben, gab es heftige Auseinandersetzungen, ob die menschenrechtlich begründeten Freiheiten auch für Nationalsozialisten und Faschisten gelten müssten, dürften, sollten. An der Frage nach der »Freiheit auch für die Gegner der Freiheit« oder der »Toleranz auch für die Feinde der Toleranz« spaltete sich das Meinungsspektrum damals ebenso wie heute.

Die Beschäftigung mit der Entstehungsgeschichte der Menschenrechtstexte und den diskutierten Alternativen verweist uns somit auf die Notwendigkeit, uns unserer argumentativen Grundlagen ständig neu zu versichern. In der Bildungsarbeit kann der Verweis auf Konventionstexte im Sinne von »Es steht geschrieben ...« nicht genügen, wie es im juristischen Diskurs möglich sein mag. Ebenso unbefriedigend bleibt ein bloßer Verweis auf eine schlimme Vergangenheit, die sich »nie wieder« wiederholen dürfe. Wenn wir nicht in der Lage sind, zu begründen, WARUM etwas in den Menschenrechtstexten steht, werden wir den Kampf um die Menschenrechte verlieren. Und wenn wir nicht in der Lage sind, zu erklären, WAS sich denn nicht wiederholen sollte, werden wir auch den Kampf um das historische Gedächtnis verlieren.

Dr. Rainer Huhle ist Politikwissenschaftler aus Nürnberg mit den Arbeitsschwerpunkten Menschenrechte, Erinnerungspolitik und Lateinamerika. Er ist Vorstandsmitglied des »Nürnberger Menschenrechtszentrum e.V.« und hat dort seit 1990 mit Schwerpunkt Menschenrechtsbildung gearbeitet sowie vielfach publiziert. Er hat für den Evangelischen Entwicklungsdienst und für das UN-Hochkommissariat im Bereich Menschenrechtsschutz und Erinnerungskultur in Peru und Kolumbien gearbeitet und ist seit 2011 Mitglied des UN-Ausschusses gegen das gewaltsame Verschwindenlassen.

- 1 Adolf Hitler, *Mein Kampf*, 19. Auflage, München 1933, S. 104f [1. Auflage 1925]
- 2 Adolf Hitler, *Mein Kampf*, 19. Auflage, München 1933, S. 444 [1. Auflage 1925]
- 3 Johannes Morsink: *The Universal Declaration of Human Rights. Origins, Drafting and Intent*, University of Pennsylvania Press, Philadelphia 1999
- 4 So der chilenische Delegierte Hernán Santa Cruz auf einer Sitzung des Redaktionsausschusses der Menschenrechtskommission im Juni 1947 (E-CN.4-AC.1-SR.7, 19.6.47)
- 5 Näher dazu: Huhle, Rainer: »Wie universell ist die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte?«, in: *Ver-einte Nationen* 5/2011, S. 195–200
- 6 Martin Bormann: *Leben gegen Schatten*, Bonifatius Verlag Gütersloh 1996, S. 75f.
- 7 E-CN.4-AC.1-SR.7, S.5, 19.6.47 (Draft Committee, 7th meeting)
- 8 Human Rights Commission, First Session, Lake Success, New York, 27 January 1947 (E/CN.4/SR.1*), S. 1–2
- 9 übersetzt nach dem wörtlichen Zitat bei: Chantal Morelle / Pierre Jakob: *Henri Laugier, un esprit sans frontières*, Bruxelles 1997, S. 249
- 10 vgl. Statement by Henri Laugier, Assistant Secretary-General for the United Nations Department of Social Affairs on the Covenant of Human Rights, April 13, 1950, in: *International Organization*, Vol. 4, No. 3 (Aug. 1950), pp. 553–559
- 11 Das gesamte Telegramm und der Text der Erklärung sind u.a. abgedruckt im Anhang zu: Elizabeth Borgwardt: »When You state a Moral Principle, You are Stuck With It: The 1941 Atlantic Charter as a Human Rights Instrument«, in: *Virginia Journal of International Law*, vol. 46 (2005–2006), S. 501–561
- 12 In der US-Zeitschrift »Free World« verlangte Laugier im Januar 1942 unter der Überschrift »A weak point in the Atlantic Charter« eine Revision dieses Punktes. 1943 schrieb er in »The Nation« einen Aufsatz, der ein Jahr später noch einmal auf Französisch unter dem Titel »Un amendement à la Charte de l'Atlantique« abgedruckt wurde (Laugier, Henri: *Combat de l'exil*, Montréal 1944, S. 129–132); den Artikel aus »Free World« zitiert Laugier hier selbst.
- 13 Bundesarchiv, Plak 003-028-101, reproduziert in Roman Hayes: *Subhas Chandra Bose in Nazi Germany. Politics, Intelligence and Propaganda 1941–43*, New York 2011
- 14 Nelson Mandela: *Der lange Weg zur Freiheit*, Frankfurt/M 1994, S. 136
- 15 »Manifeste du Peuple Algérien«, abgedruckt in: Ferhat Abbas: *Guerre et révolution d'Algérie. La nuit coloniale*, Paris 1962, S. 140ff
- 16 Supplementary Resolution, 5th Panafrican Congress 1945, abgedruckt in: George Padmore (ed.): *Colonial and ... Coloured Unity. A Programme of Action. History of the Pan-African Congress*, London 1947, S. 62
- 17 Reginald Sorensen: *India and The Atlantic Charter*, London 1942, S. 13
- 18 Radioansprache Churchills am 24. August 1941, abgedruckt in: H. V. Morton: *Atlantic meeting. An Account of Mr. Churchill's Voyage in H.M.S. Prince of Wales, in August, 1941, and the Conference with President Roosevelt which resulted in the Atlantic Charter*, London 1943, S. 152
- 19 David S. Wyman (ed.) / Charles R. Rosenzweig (project coordinator): *The World Reacts to the Holocaust*, Baltimore/London: Johns Hopkins U.P. 1996
- 20 Mahatma Gandhi: *The Jews*, in: *Harijan*, 26-11-1938, abgedruckt in: The Collected Works of Mahatma Gandhi, Interactive Multimedia – Electronic Book 1999, New Delhi, Publications Division Government of India, 1999, vol.74, S. 239–242
- 21 Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, München 1973, S. 309f (die amerikanische Originalausgabe war 1951 erschienen).
- 22 Aimé Césaire: *Discours sur le colonialisme*, Paris 2004 (Original 1950). Die übersetzten Zitate finden sich alle auf den ersten Seiten des Textes (S. 12–14)
- 23 ebd. S. 14
- 24 René Cassin: »La genèse de la Charte des droits de l'homme«, in : *Le Courrier de l'Unesco*, Paris, janvier 1968
- 25 Stéphane Hessel: *Der Tanz mit dem Jahrhundert*, Zürich und Hamburg 1998, S. 132
- 26 *Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Gerichtshof Nürnberg 14. November 1945 – 1. Oktober 1946. Amtlicher Wortlaut in deutscher Sprache*, Nürnberg 1947, Band 2, S. 116f
- 27 ebd. 129f.
- 28 Raphael Lemkin: *Axis Rule in Occupied Europe: Laws of Occupation – Analysis of Government – Proposals for Redress*, Washington 1944; im neunten Kapitel dieses Buches begründete Lemkin zum ersten Mal ausführlich seinen Begriff von »Genozid«. Die übrigen Kapitel analysieren die nach diesem Begriff genozidalen Praktiken an den Bevölkerungen in den verschiedenen von den Nazis besetzten Gebieten.

Das Hotel Silber in Stuttgart

ZUM STAND EINES WISSENSCHAFTLICHEN UND
ERINNERUNGSGESCHICHTLICHEN PROJEKTS

Friedemann Rincke

Das Haus der Geschichte Baden-Württemberg hat Ende Juli den Virtuellen Geschichts-ort zur ehemaligen Gestapo-Zentrale in Stuttgart, dem sogenannten Hotel Silber, der Öffentlichkeit vorgestellt. Er informiert über den geschichtsträchtigen und umstrittenen Ort im Herzen der Landeshauptstadt. Das Hotel Silber war um die vorletzte Jahrhundertwende ein Nobelhotel in der Stuttgarter Innenstadt und zwischen 1928 und 1984 ununterbrochen Dienstsitz verschiedener Polizeibehörden. Erst bezog das Stuttgarter Polizeipräsidium der Weimarer Republik den Bau, bevor er 1933 von der Politischen Polizei respektive der Gestapo in Beschlag genommen wurde. Nach der Flucht der Gestapo vor den Alliierten war das Gebäude im April 1945 nur wenige Tage verwaist, ehe das neue Polizeipräsidium einzog. Ab 1949 nutzte vor allem die Stuttgarter Kriminalpolizei das ehemalige Hotel.

Die Debatte um das Hotel Silber

Um das Hotel Silber wird seit einigen Jahren in Stuttgart und Baden-Württemberg gestritten. Auslöser war der geplante und eigentlich schon beschlossene Abriss des Gebäudes. Es sollte einem von der Firma Breuninger und dem Land Baden-Württemberg entwickelten, rund 50 000m² Geschossfläche umfassenden neuen Quartier für Geschäfte, Hotels und Ministerien weichen. Als Kompensation für den Verlust des historischen Gebäudes erklärte sich die Landesregierung bereit, im geplanten Neubau auf rund 400m² einen Erinnerungsort zur Geschichte der Gestapo in Württemberg-Hohenzollern zu finanzieren. Die Lösung fand keine ungeteilte Zustimmung. Eine Bürgerinitiative gründete sich 2008 mit dem Ziel, für den kompletten Erhalt des Gebäudes und die Errichtung eines größeren Erinnerungsorts einzutreten. Verschiedene Vereine und Organisationen aus dem Bereich der historisch-politischen Bildung und der Interessenvertretung ehemaliger Verfolgter schlossen sich diesem Ziel an. Sie entfalteten, auch getragen von der kämpferischen Stimmung rund um das Bahnprojekt »Stuttgart 21«, eine rege Öffentlichkeitsarbeit und wiesen mit öffentlichen Aktionen wie einer Menschenkette um das Hotel Silber auf ihr Anliegen hin.

Die folgende Debatte wurde teils hitzig und bezüglich der Erörterung der historischen Bausubstanz des Hotel Silber nicht immer sachlich geführt. Erschwerend kam hinzu, dass zur Geschichte der Gestapo in Württemberg-Hohenzollern bisher nur wenig wissenschaftlich gearbeitet und publiziert worden war und somit historisches Wissen und Sachkenntnis als Fundament jeder kritischen Auseinandersetzung und pädagogischen Konzeption für diesen »Täterort« schwach waren. Unterm Strich aber trug die Debatte zu einer Sensibilisierung gegenüber erinnerungskulturellen Fragen bei, die bei früheren Entscheidungen zu Recht oft vermisst worden war. So war beispielsweise 1988 eine Gedenktafel nicht an der Fassade des nun vom Innenministerium genutzten Baus angebracht worden, sondern im für die Öffentlichkeit schlecht zugänglichen Eingangsbereich.

Die Landesregierung bewilligte 2010 Mittel für die Erforschung der Geschichte des Hotel Silber und der Gestapo in Württemberg-Hohenzollern. Die Arbeit dazu wurde im Januar 2011 im Haus der Geschichte Baden-Württemberg aufgenommen. Im Frühjahr 2011 schließlich entschied sich die neue grün-rote Landesregierung für den Erhalt des Hotel Silber (das Gebäude gehört der Baden-Württemberg Stiftung).

Im Sommer 2012 konstituierte sich ein Runder Tisch mit dem Ziel, über den institutionellen Rahmen und die Konzeption eines »Erinnerungsorts Hotel Silber« zu beraten. Einigkeit besteht dabei bereits hinsichtlich der finanziellen Trägerschaft durch das Land und die Stadt, wobei der genaue Schlüssel noch verhandelt wird. Ebenso unbestritten ist die Forderung der Bürgerinitiativen nach einer Einbindung in die Arbeit am Erinnerungsort.

Chancen und Perspektiven

Das Hotel Silber bietet mit seiner Vielschichtigkeit als historischer Ort seltene Chancen für die historisch-politische Bildungsarbeit.

Da ist der historische Ort. Das Hotel Silber blieb vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum September 1944 weitgehend unverändert. Lediglich drei Verwahrzellen wurden 1928 im Keller eingebaut. Im September 1944 zerstörte ein Luftangriff den Westflügel des Gebäudes vollständig bis auf den Keller, während der Ostflügel von der Gestapo weiter genutzt werden konnte. Der zerstörte Teil wurde ab 1947 für die Zwecke der Polizei neu aufgebaut, der erhalten gebliebene saniert. Die Qualität des Gebäudes als »Exponat« und historisches Zeugnis leidet allerdings keineswegs unter dieser Verformung, im Gegenteil korrespondiert die Mehrschichtigkeit des Hotel Silber in baulicher Hinsicht mit der seiner Nutzungsgeschichte und erinnert an die Notwendigkeit, auch das Nachwirken der Gestapo und die Geschichte der Polizei nach 1945 in den Blick zu nehmen.

Da ist der Name. Noch heute, mehr als 90 Jahre, nachdem es seine ursprüngliche Funktion verloren hat, wird das Gebäude »Hotel Silber« genannt. Eine so einprägsame Bezeichnung im Volksmund verweist auf eine exponierte Stellung des Hauses in der Geschichte und im Stadtbild der Landeshauptstadt Stuttgart.

Da ist die Kontinuität in der Nutzung und in den Biografien ab 1928. Der personelle Stamm der Gestapo rekrutierte sich aus der Politischen Polizei der Weimarer Republik, die als Abteilung des Stuttgarter Polizeipräsidiums 1928 in das Hotel Silber zog. Prominentes Beispiel für die personelle Kontinuität ist Friedrich Mußgay, der in den 1920er Jahren zum Chef des Nachrichtendienstes der Politischen Polizei aufgestiegen war und 1940 Leiter der Gestapo in Württemberg-Hohenzollern wurde. Fragen zur Entstehung politischer, kultureller und ethischer Instabilität vor allem zu Beginn der 1930er Jahre können am historischen Ort gestellt und mit einer biografischen Perspektive verknüpft werden. Interessant wird es sein, diese auf das Jahr 1933 ausgerichteten Fragen unter umgekehrten Vorzeichen noch einmal für die Zeit nach 1945 zu stellen. Wieder änderten sich die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen polizeilichen Handels – bei, hinsichtlich der Kriminalpolizei, weitgehender personeller Kontinuität. Und wieder ist das Hotel Silber Ort des Geschehens.

Es gab zudem auch eine gleichsam personell gewendete Kontinuität im Hotel Silber nach 1945. Einige, die während der NS-Zeit durch die Gestapo vom Hotel Silber aus verfolgt wurden, traten nach 1945 in den Polizeidienst ein und arbeiteten im Hotel Silber,

etwa in der »KZ-Prüfstelle« oder im Informationsdienst der Kriminalpolizei. So ermittelten sie unter anderem vom Hotel Silber aus gegen ehemalige Gestapo-Mitarbeiter.

Und da ist das Gebäude als Kristallisationspunkt erinnerungskultureller Auseinandersetzungen. Die Geschichte des Hotel Silber nach 1945 ist auch die Geschichte erst verweigerter, dann zögerlicher und zuletzt offener Reflexion über das nationalsozialistische Erbe der Bundesrepublik. Niemand hatte Ende der 1940er Jahre Bedenken wegen einer missverständlichen Symbolik, als der westliche Flügel des Hotel Silber ausgerechnet als Gefängnis neu errichtet wurde. Materielle Überlieferungen wie etwa eine Zellentür aus dem Gefängnis der Gestapo waren eine willkommene Entlastung der knappen Ressourcen und wurden einfach wieder genutzt. Heute ist die Zellentür als wichtiges Zeugnis der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft musealisiert.

Ende der 1970er Jahre gab es erstmals deutlich vernehmbare Stimmen, die sich für den Erhalt und eine Kenntlichmachung des Gebäudes aussprachen, als zum ersten Mal ein Abriss diskutiert wurde.

Der Virtuelle Geschichtsort Hotel Silber

Der Virtuelle Geschichtsort ist ein Schritt auf dem Weg zu einem realen Erinnerungsort. Er ist Ergebnis von eineinhalb Jahren Recherche in in- und ausländischen Archiven und dokumentiert die bisherigen Forschungsergebnisse. Schwerpunkte der Forschung waren die Baugeschichte des Hotel Silber, die institutionellen Grundzüge und politischen Bedingungen der Polizeigeschichte in Württemberg und natürlich die Geschichte der Gestapo.

Wie fast überall im Deutschen Reich hatte auch die Gestapo in Württemberg-Hohenzollern ihre Akten kurz vor Kriegsende vernichtet. Vor allem hinsichtlich des Personals aber ließ sich diese Überlieferungslücke weitgehend schließen. In den Akten des württembergischen Innenministeriums, dem die Politische Polizei bis 1936 unterstand, fanden sich zahlreiche Hinweise auf das Personal der Politischen Polizei der Weimarer Republik und in der Frühphase des NS-Regimes. Hinzu kommen Unterlagen der deutschen und alliierten Ermittlungsorgane aus den Jahren 1945 bis 1950. Rund 900 Namen von Männern und Frauen, die zwischen 1933 und 1945 für die Politische Polizei sowie die Gestapo in Stuttgart und den Außendienststellen arbeiteten, sind jetzt bekannt. Auch die Baugeschichte, über die in den letzten Jahren viel gestritten wurde, ist tatsächlich sehr gut dokumentiert und nun auf der Website beschrieben.

Der Virtuelle Geschichtsort ist aber mehr als eine im Internet publizierte Dokumentation. Neben einführenden Essay zur Baugeschichte und zur Geschichte der Polizei und der Gestapo in Württemberg, News-Blog und interaktiven Elementen beleuchten vor allem zwei recht aufwendige Tools die Themen Hotel Silber und Gestapo aus unterschiedlichen Perspektiven. Anhand von vier Karten – für Stuttgart, Württemberg und Baden, das Deutsche Reich und Europa – wird die geografische Ausdehnung und Organisation der Gestapo gezeigt. Eingezeichnet sind jeweils die Dienststellen der Gestapo mit weiterführenden Informationen. So kann etwa die Beteiligung der württembergischen Gestapo-Mitarbeiter an den Verbrechen in den besetzten Gebieten in fast ganz Europa veranschaulicht werden, in dem die Einträge auf der Europakarte zu den KdS- und BdS-Dienststellen mit Hinweisen auf Gestapo-Mitarbeiter aus Württemberg-Hohenzollern versehen sind, die dort zeitweise gearbeitet haben und dann meist nach Stuttgart zurückkehrten. Für eine facettenreiche Ausleuchtung einer Staats-



Hotel Silber um 1933, Stuttgart
 Foto: Fotograf unbekannt, Landesmedienzentrum
 Baden-Württemberg



Das Hotel Silber im Wandel der Zeit.
 Während die Bausubstanz des östlichen Flügels
 (auf den Fotos im Vordergrund) seit Ende
 des 19. Jahrhunderts weitgehend erhalten ist,
 hat sich das äußere Erscheinungsbild stark
 verändert.

November 1958
 Foto: Hannes Kilian, Haus der Geschichte
 Baden-Württemberg



Oktober 2011
 Foto: Rose Hajdu, Haus der Geschichte
 Baden-Württemberg

polizeileitstelle ist es unerlässlich, Erleben und Beteiligung der Gestapo-Mitarbeiter am Radikalisierungsschub in den besetzten Gebieten mit einzubeziehen.

Die Informationen zu den Dienststellen im Deutschen Reich erschließen einen weiteren Aspekt. Die Dienstsitze der lokalen Gestapostellen waren und sind, sofern sie erhalten geblieben sind, immer auch Orte der Erinnerung und der kritischen historischen Reflexion. Wie gehen die Länder, Städte, Kommunen und Bürger mit diesen Orten um? Die Konzepte, das zeigt die Karte, sind sehr unterschiedlich.

Das zweite Tool bietet die Möglichkeit, das Hotel Silber durch die Epochen zu erforschen – Stock für Stock, Zimmer für Zimmer. Anhand von Originalgrundrissen und Fotos ist ein virtuelles Hotel Silber entstanden, in dem Biografien, Ereignisse und Abteilungen verortet und beschrieben werden können. Wo saßen die Mitarbeiter des sogenannten Judenreferats? Wer arbeitete dort? Wer wurde in der Abteilung »Weltanschauliche Gegner« verhört? Wo fanden die Verhöre statt? In welchem Büro war der Chef der Kriminalpolizei nach 1945 untergebracht? Der »Virtuelle Ort« bietet zahlreiche Möglichkeiten, das Gebäude mit dem historischen Geschehen anschaulich zu verknüpfen.

Ausblick

Die Abteilungen des Innenministeriums und des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft, die heute das Hotel Silber nutzen, werden dieses und nächstes Jahr in Neubauten umziehen. Dieser Umzug ist seit längerem geplant. Ein Teil des Gebäudes wird vermietet werden. Nach den bisherigen, freilich noch vorläufigen Planungen, sind rund 1000m² für die Einrichtung einer Ausstellung, für Lern- und Veranstaltungsräume sowie möglicherweise auch für Wechselausstellungen vorgesehen.

Im Haus der Geschichte Baden-Württemberg arbeiten eine Historikerin und ein Historiker an der geplanten Ausstellung. Von freischaffenden Historikern und engagierten Bürgerinnen und Bürgern sind darüber hinaus Veröffentlichungen, Recherchen und Veranstaltungen geplant, die letztlich alle in den Fundus des »Erinnerungsorts« einfließen werden.

Friedemann Rincke ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Haus der Geschichte Baden-Württemberg. Er bearbeitet dort das Projekt zum Hotel Silber.

Virtueller Geschichtsort Hotel Silber: www.geschichtsort-hotel-silber.de

»Vergeben konnte ich, vergessen nie«*

DIE KZ-GEDENKSTÄTTE LAURA

Andrej Bartuschka

Die Hölle im Schieferberg – die Geschichte des Lagers Laura

Das Konzentrationslager Laura wurde im September 1943 als ein Außenlager des KZ Buchenwald gegründet, um Arbeitskräfte für das Rüstungswerk »Vorwerk Mitte Lehesten« zur Verfügung zu stellen. In dem bei Schmiedebach gelegenen Oertelsbruch sollten Triebwerke für die A4/V2-Rakete getestet werden. Außerdem entstand in den unterirdischen Hohlräumen des Schieferbergwerks eine Anlage zur Produktion von flüssigem Stickstoff und Sauerstoff für die Triebwerkstests, die Industrie und den A4-Fronteinsatz. Die Gebäude der Firma Karl Oertel Schieferbrüche Lehesten G.m.b.H., die zuvor als Wohnungen für die Firmenangestellten, für den Steinbruchbetrieb und als landwirtschaftlicher Betrieb genutzt wurden, dienten als Unterkünfte für Häftlinge und Wachmannschaften.

Die Zahl der Häftlinge stieg binnen zwei Monaten auf über 1000 und erreichte im Dezember 1943 mit mehr als 1200 ihren Höchststand. Bereits im Januar 1944 wurden die ersten Triebwerke getestet und mit der Sauerstoffproduktion begonnen. Bis Ende 1944 wurden in Laura nachweislich 4372 Triebwerkstests durchgeführt und 3462 Raketentriebwerke für die Montage freigegeben, was die wichtige, wenn auch lange Zeit übersehene Rolle Lauras in dem Produktionsbetrieb der »Wunderwaffe« A4 verdeutlicht. Untrennbar damit verbunden war der menschenverachtende Arbeitseinsatz der Häftlinge. Hunderte bezahlten ihren Einsatz bei dem Aufbau des Rüstungswerkes mit dem Leben. Bis Frühjahr 1944 fiel ein Drittel der in Laura eingesetzten Häftlinge der Zwangsarbeit, Misshandlungen, unzureichender Versorgung und den katastrophalen hygienischen Bedingungen zum Opfer.

*Inscription auf der Grabplatte des in der Gedenkstätte beigesetzten ehemaligen Häftlings Herman van Hasselt



Test eines A4/V2-Triebwerks im Vorwerk Mitte Lehesten 1944.
Foto:
Nachlass Walter Frenz

Lagertor und Block III
(»Italienerlager«) kurz
nach der Befreiung.
Foto: Archiv
Landratsamt Saalfeld-
Rudolstadt



Als sich im Frühjahr 1944 die Witterungsbedingungen besserten, die meisten Bauvorhaben ihren Abschluss fanden und man die Häftlinge zunehmend in der Produktion, im Testbetrieb und bei der Wartung der Raketentriebwerke einsetzte, ging die Sterblichkeitsrate zurück. Ab Mitte 1944 galt Laura als ein verhältnismäßig »gutes« Lager mit vergleichsweise guten Überlebenschancen.

Am Morgen des 13. April 1945 wurde das Lager wegen dem Herannahen der amerikanischen Truppen von der SS geräumt, die etwa 600 noch marschfähigen Häftlinge nach Wurzbach getrieben und in einen Zug verladen. Die im Lager verbliebenen Kranken wurden noch am selben Tag von US-Truppen befreit. Der Leidensweg der übrigen Häftlinge endete für die meisten im KZ Dachau/Allach, wo sie am 30. April von amerikanischen Truppen befreit wurden. In den achtzehn Monaten des Lagerbestehens waren in Laura insgesamt über 2500 Häftlinge aus fast zwanzig Nationen eingesetzt, unter anderem Bürger der Sowjetunion, Franzosen, Polen, Juden, Jugoslawen, Deutsche und Österreicher, Tschechen, Belgier und Niederländer. Zu einem großen Teil handelte es sich um »politische Häftlinge«, die wegen angeblicher oder tatsächlicher Widerstandsaktionen gegen die deutschen Besatzer inhaftiert worden waren. Die deutschen und österreichischen Häftlinge waren hingegen überwiegend sogenannte »Berufsverbrecher« oder »Asoziale«. Aus ihren Reihen rekrutierten sich die privilegierten Funktionshäftlinge oder Kapos. Neben KZ-Häftlingen wurden in Laura auch etwa 200 italienische Militärinternierte eingesetzt, die als angebliche »Verräter« besonders unter der Grausamkeit der Wachmannschaften zu leiden hatten.

Mindestens 550 Menschen starben in Laura, ihre Leichen wurden bis auf wenige Ausnahmen in das Hauptlager Buchenwald transportiert und dort verbrannt. Eine unbekannte Zahl an bereits durch die schlechten Lebensbedingungen geschwächten Laura-Häftlingen starb kurz nach ihrer Verlegung in andere Lager wie Buchenwald, Bergen-Belsen oder Mittelbau-Dora.

Nach der Befreiung nutzten die US-Truppen den Oertelsbruch für den Test von Raketentriebwerken und demontierten kurz vor Übergabe des Gebietes an die Rote Armee im Juli 1945 einen Teil der Spezialausrüstung. Auch die sowjetischen Truppen nutzten die Triebwerkstestanlage unter der Bezeichnung »ZW 8 Lehesten«. Bis zum Frühjahr



Gedenkveranstaltung vor 1989 unter Teilnahme von NVA, Betriebskampfgruppen und Thälmannpionieren. Foto: Förderverein Gedenkstätte Laura, Bestand Junge Historiker

1946 fanden auf den alten Brennständen und einem neu errichteten Prüfstand eine Reihe von Testversuchen statt. Ab April 1946 begann die Demontage der unterirdischen Anlagen. Im März 1948 wurde ein Großteil der noch vorhandenen unter- und überirdischen Anlagen des Rüstungswerkes gesprengt. Die Firma Oertel, die nach Kriegsende wieder mit dem Schieferabbau begonnen hatte, wurde 1948 enteignet und von der Vereinigung Volkseigener Betriebe Mineral/Erz, Land Thüringen übernommen. Die Gebäude des Lagers wurden teilweise als Wohnunterkünfte oder für eine LPG weitergenutzt und blieben so erhalten. Andere Bestandteile – wie der Stacheldrahtzaun und die Wachtürme – wurden abgerissen oder verfielen aufgrund fehlender Instandhaltung.

Ein schwieriges Erbe – die Geschichte der Gedenkstätte Laura

1956 wurde auf dem ehemaligen Lagergelände ein Gedenkstein errichtet. 1965 begann die Arbeitsgemeinschaft »Junge Historiker« der Schule Wurzbach mit der Erforschung der Lagergeschichte. Aufbauend auf Zeitzeugenbefragungen und Archivrecherchen kam 1970 die mehrmals aufgelegte Broschüre »LAURA – die Hölle im Schieferberg« heraus. Mit Unterstützung der Gedenkstätte Buchenwald und unter reger Beteiligung der Anwohner entstand 1979 in einem eigens dafür abgetrennten Drittel des ehemaligen Block I eine kleine Ausstellung. Allerdings blieb der Zugang durch die Grenzlage eingeschränkt und war außer für Anwohner nur mit Sondergenehmigung möglich. Dennoch besuchten bis 1989 fast 16 000 Menschen das frühere Lager Laura. Sowohl die Ausstellung als auch die veröffentlichte Broschüre war von der staatlichen Geschichtspolitik der DDR beeinflusst. Gedenkveranstaltungen dienten auch der Präsentation eines »besseren Deutschlands« und waren mit der Teilnahme bewaffneter Staatsorgane verbunden. Laura wurde von Delegationen der Volkspolizei, des Ministeriums für Staatssicherheit und der Nationalen Volksarmee als Exkursionsziel und Ort der Vereidigung, Selbstverpflichtung oder politischen Erziehung genutzt.

Die politische Wende 1989/90 beendete die Zugangsbeschränkungen aufgrund der Grenzlage und die Verwendung der Gedenkstätte für ideologische Zwecke. 1991/92 wurde die Ausstellung inhaltlich ergänzt und teilweise überarbeitet. Nach einem zeitweiligen Rückgang stabilisierten sich die Besucherzahlen ab 1993 und stiegen in den

folgenden Jahren deutlich an (1990–2000: 17 000 Besucher; 2001–2011: 30 000 Besucher). Seit 1990 finden zum Volkstrauertag Gedenkgottesdienste der evangelischen Kirchgemeinde Schmiedebach statt, seit 1995 ökumenische Gottesdienste aller Kirchgemeinden der Region. Die Einbeziehung von ehemaligen Häftlingen in die pädagogische Arbeit der Gedenkstätte war eine weitere Neuentwicklung der 1990er Jahre. Überlebende Häftlinge wie Herman van Hasselt und Auguste Verfaille berichteten mehrfach vor Jugendlichen von ihren Erlebnissen. Nachdem die gesamte Bausubstanz bereits 1993 provisorischen Denkmalstatus erhalten hatte und 1994 die Gedenkstätte in die Trägerschaft der Landkreises Saalfeld-Rudolstadt übergang, wurde das gesamte Ensemble 1995 endgültig unter Denkmalschutz gestellt. 1998 gründete sich der Förderverein Gedenkstätte Laura e.V., um die Gedenkstätte als Ort des Erinnerns, der Begegnungen und historischen Lernort zu erhalten. 1999 wurde das ehemalige Außenlager mitsamt allen Zeugnisspuren der Lagernutzung als geschichtliches Kulturdenkmal in das Denkmalbuch aufgenommen.

Seit 2001 übernahm das Christliche Jugenddorfwerk Deutschlands e.V. (CJD) die Betreuung der Gedenkstätte, in der neben dem Besucherbetrieb auch Schülerprojekte durchgeführt werden. Zeitweilig dienten die ehemaligen Unterkünfte der SS-Wachmannschaften als Unterbringungsmöglichkeit für suchtkranke Jugendliche. Mit dem Erwerb des ehemaligen Häftlingsbereiches durch den Landkreis Saalfeld-Rudolstadt 2010 begann ein neuer Abschnitt der Gedenkstattengeschichte. Durch diese – nur nach schwierigen Verhandlungen mögliche – Übernahme der Gedenkstätte seitens des Landkreises konnte ihr Erhalt dauerhaft gesichert werden. Seitdem wurde die Ausstellung unter Einbeziehung des Fördervereins und der Gedenkstätte Buchenwald umfassend überarbeitet, erweitert und neu gestaltet. Bisher verborgen gebliebene Spuren aus der Lagerzeit konnten freigelegt, untersucht und gesichert werden. Am 13. April 2012 wurde die Gedenkstätte neu eröffnet, weitere Instandsetzungs- und Ausbaumaßnahmen werden bis Ende 2013 abgeschlossen sein.

Eine Besonderheit der Gedenkstätte Laura ist der umfangreiche Bestand an noch vorhandenen Gebäuden und Gebäuderesten aus der Lagerzeit, während in vielen anderen ehemaligen Konzentrationslagern nur noch wenig von der ursprünglichen Gebäudesubstanz erhalten ist. Der frühere Block I wurde ursprünglich als Feldscheune errichtet, 1943 für die Unterbringung der Häftlinge umgebaut und diente zeitweise bis zu 800 Häftlingen als Unterkunft. Da das Gebäude nach dem Krieg lange Zeit wieder als Scheune genutzt wurde, ist die ursprüngliche Raumgestaltung nicht mehr erhalten. Seit 2012 ist das gesamte Gebäude Teil der Ausstellung, während zuvor nur ein abgetrennter Bereich besichtigt werden konnte. Im Rahmen der dafür notwendigen Sanierungsarbeiten wurden restauratorische Untersuchungen durchgeführt, die neue Einblicke in die Lagergeschichte und das Alltagsleben der Häftlinge ermöglichten. Durch die Untersuchung der Gebäudesubstanz ergaben sich wertvolle Hinweise, wie das Gebäude für die Nutzung als Häftlingsunterkunft umgebaut wurde sowie auf die Raumgestaltung, Einrichtung und »Renovierungsmaßnahmen« während der Lagerzeit. An zahlreichen Stellen wurden Überreste der originalen Wandbemalung freigelegt und gesichert. Farbige Wand- und Blumenmalereien zeigen dem Besucher, wie die Häftlinge versuchten, sich ihre Unterkunft etwas »wohnlicher« zu gestalten. Besonders deutlich sichtbar ist dies in den zwei erhaltenen Kapo-Räumen, in denen privilegierte Funktionshäftlinge untergebracht waren. Die auffallend farbige Gestaltung dieser Quartiere,



Schülergruppe vor dem ehemaligen Block I und der früheren Häftlingsküche Foto: A. Kreher



Die ehemaligen Unterkünfte der SS-Wachmannschaften. Foto: Archiv Landratsamt Saalfeld-Rudolstadt



Das neue Besucherzentrum im ehemaligen Block II. Foto: Archiv Landratsamt Saalfeld-Rudolstadt

die in einem der Räume auch einen weiblichen Akt und andere Wandbilder mit einschloss, verdeutlicht die hierarchischen Abstufungen unter den Häftlingen von Laura. Ebenfalls erhalten und seit diesem Jahr in die Ausstellung aufgenommen sind zwei Wandinschriften aus der Lagerzeit – zum einen eine Zeile aus dem Lagerlied des KZ Esterwegen, zum anderen die Inschrift »Lerne Leiden ohne zu Klagen«, die vermutlich auf Betreiben der SS-Wachmannschaften angebracht wurde. Sie hatte vermutlich eine ähnliche Funktion wie die über dem Eingang anderer Konzentrationslager angebrachten Sinnsprüche »Jedem das Seine« oder »Arbeit macht frei«. Zu dem Bestand der in den ehemaligen Lagergebäuden untergebrachten Ausstellung gehören neben Informationstafeln verschiedene Relikte aus der Lagerzeit.

Der ehemalige Block II des Lagers, der als Häftlingsunterkunft, Schreibstube und zeitweilig als Krankenrevier diente, wurde nach dem Krieg als Wohnhaus genutzt. 2012 wurde hier ein Besucherzentrum eingerichtet, das auch für Tagungen und Projektarbeiten genutzt werden kann. Die ehemalige Häftlingsküche, die in einer kleinen Scheune eingerichtet wurde, diente nach dem Krieg ebenfalls als Wohngebäude. Seit 2012 sind hier das Gedenkstättenbüro und das Archiv untergebracht. Bei den dafür notwendigen Bauarbeiten wurden der ehemalige Kochplatz und Farbspuren aus der Lagerzeit freigelegt und gesichert. Von einigen anderen Gebäuden wie der Leichenhalle, der Lagerlatrine und den Wachtürmen sind allerdings nur noch Fundamentreste erhalten geblieben. Neben dem Gedenkstein wurde 2009 der ehemalige Häftling Herman van Hasselt auf eigenen Wunsch beigesetzt. Durch diese, in der deutschen Gedenkstättenlandschaft einmalige Geste, wollte er einerseits seinen Sieg über seine Peiniger und seine Verbundenheit mit den in Laura ums Leben gekommenen Mithäftlingen demonstrieren, und andererseits den dauerhaften Erhalt der Gedenkstätte sichern. Der Schieferbruch, in dem die Triebwerkstests durchgeführt wurden, kann von einem Aussichtspunkt aus besichtigt werden. Er steht aber – wie die unterirdischen Anlagen – nicht für eine Begehung offen. Durch die Demontage nach dem Krieg und den fortgesetzten Schieferabbau sind nur noch wenige Fundamentreste des Rüstungswerkes erhalten.

Zusätzlich zu dem normalen Besucherbetrieb finden auf Initiative des Fördervereins mehrmals im Jahr Projektstage mit Schulklassen statt. Neben Informationsmaterial in verschiedenen Sprachen und mehreren Büchern zum »Vorwerk Mitte Lehesten« und dem KZ Laura verfügt die Gedenkstätte über einige Filme zur Geschichte des Lagers und einzelnen Häftlingsschicksalen, die im Rahmen von Führungen oder Projekttagen gezeigt werden können. Der Besuch der Gedenkstätte Laura ist – wie die Teilnahme an den angebotenen Führungen – kostenlos.

Andrej Bartuschka studierte Neuere Geschichte, Osteuropäische Geschichte und Politikwissenschaft an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und promovierte anschließend zum Thema US-Propaganda und Counterinsurgency im Kalten Krieg am Beispiel des Vietnamkonfliktes. Er ist Besucherkoordinator der KZ-Gedenkstätte Laura. Die Gedenkstätte ist eine Einrichtung des Landkreises Saalfeld-Rudolstadt.

KZ-Gedenkstätte Laura, Schmiedebach, Fröhliches Tal, 07349 Lehesten

Telefon (03 66 53) 26 46 75

www.kz-gedenkstaette-laura.de | info@kz-gedenkstaette-laura.de

April–Okt., Dienstag–Sonntag 14–17.30 Uhr (auch feiertags und nach Vereinbarung)

Die Gedenkstätte Kreuzstadl in Rechnitz

Eva Schwarzmayer

Am 25. März 2012 wurde die *Gedenkstätte Kreuzstadl* im österreichischen Rechnitz, nahe der ungarischen Grenze, eröffnet. Der wegen seines kreuzförmigen Grundrisses so benannte Kreuzstadl, ein Getreidespeicher des ehemaligen landwirtschaftlichen Gutes der Grafen Batthyány, ist heute nur mehr als Ruine erhalten. Seit Jahren galt der Kreuzstadl als Symbol für eines der grausamsten Verbrechen während der NS-Zeit und für dessen Verdrängung nach Kriegsende. Der Verein RE.F.U.G.I.U.S. – Rechnitzer Flüchtlings- und Gedenkinitiative – sorgte in 20-jähriger Arbeit dafür, dass der Ort heute eine Gedenkstätte für die in der Nähe des Kreuzstadls ermordeten ungarisch-jüdischen Zwangsarbeiter ist, und darüber hinaus für die vielen Menschen, die entlang der burgenländischen Grenze, auch auf ungarischem Gebiet, ermordet wurden.

Am 25. März konnte das Mahnmal um einen Informations- und Dokumentationsbereich erweitert und zum Ort der Vermittlung ausgebaut werden. Die Gebeine, der beim Kreuzstadl ermordeten etwa 180 Juden, konnten bis heute nicht gefunden und nicht würdevoll bestattet werden. Für die Angehörigen der hier Ermordeten steht der Kreuzstadl anstelle eines Grabmales, an dem sie trauern können. Für die Nachgeborenen und künftigen Generationen soll es ein Ort der Besinnung sein, ein Ort, der hilft, die richtigen Fragen zu stellen.

Jüdische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter beim Südostwallbau

Das Burgenland, östlichstes Bundesland Österreichs, wurde, bedingt durch seine Grenzlage zu Ungarn, in der Endphase der NS-Zeit zu einem Schauplatz extremer Erniedrigungen und Gräueltaten. Als sich um die Jahreswende 1944/45 die Front näherte, versuchten die NS-Machthaber das Vorrücken der Roten Armee durch den Bau des sogenannten Südostwalls – einer Verteidigungsanlage aus Panzer- und Schützengräben – aufzuhalten. Beim Südostwallbau wurden Zivilistinnen und Zivilisten, Hitlerjugend, Zehntausende Fremdarbeiterinnen und -arbeiter sowie, als weitaus größte Gruppe, nach Österreich deportierte ungarisch-jüdische Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter eingesetzt. Entlang der österreichisch-ungarischen Grenze wurden zu diesem Zweck mehrere Lager eingerichtet, in denen insgesamt 35 000 ungarische Jüdinnen und Juden zusammengepfercht waren. Etwa ein Drittel der Lagerinsassen starb an den Folgen der unmenschlichen Arbeits- und Lebensbedingungen oder wurde von den Wachmannschaften ermordet. Im gesamten Burgenland, aber auch in Ungarn kam es an sehr vielen Orten entlang des Südostwalls sowie auf den Evakuierungsmarschrouten Richtung Konzentrationslager Mauthausen und Gunskirchen Ende März, Anfang April 1945 zu unzähligen Mordtaten.

Das Massaker an ungarischen Juden in Rechnitz

In Rechnitz fand wenige Tage vor Kriegsende eines dieser Massaker unter besonders grausamen Umständen statt. Die Front lag nur noch wenige Kilometer entfernt, Geschützdonner war bereits zu hören. Am 24. März 1945 wurden an die 1000 ungarische Juden vom Lager Kőszeg/Güns (Ungarn) mit der Eisenbahn über die Grenze in

den kleinen Ort Burg transportiert, wo sie beim Bau des Südostwalls eingesetzt werden sollten. 200 kranke, für den Arbeitseinsatz zu schwache Männer wurden zum Bahnhof Rechnitz gebracht. Am Abend desselben Tages fand im Schloss Batthyány in Rechnitz ein NSDAP-Kameradschaftsfest statt, bei dem 40 bis 50 Personen anwesend gewesen sein dürften. Laut Zeugenaussagen erhielt der NSDAP-Ortsgruppenleiter Franz Podezin einen Anruf, woraufhin er 15 Männer bewaffnen ließ. Diese Gruppe machte sich vom Schloss aus auf den Weg in die Nähe des Kreuzstadls, wohin in der Zwischenzeit die völlig erschöpften Juden gebracht worden waren. Dort ermordeten sie nach Mitternacht 180 Menschen. Danach kehrten sie ins Schloss zurück, um weiter zu feiern. 18 Juden hatte man vorerst am Leben gelassen. Sie mussten am nächsten Tag die Leichen verscharren. Danach wurden auch sie ermordet.

Die Suche nach dem Massengrab

Nach Kriegsende war dieses Verbrechen Gegenstand einer gerichtlichen Voruntersuchung und zweier Prozesse: Zwei der Täter wurden im Jahr 1948 zu fünf respektive acht Jahren schwerem Kerker verurteilt; die Hauptverantwortlichen flüchteten und konnten nie zur Verantwortung gezogen werden. Bereits im April 1945 ordnete die sowjetische Besatzungsbehörde die Öffnung des Massengrabes an. Es wurde ein Protokoll der Gräberöffnung erstellt, die Toten wurden aber nicht umgebettet. Im Frühjahr 1946 wurde das Grab im Zuge der Voruntersuchungen gegen einen Beschuldigten neuerlich geöffnet. Bei der Exhumierung war der Rechnitzer Amtsarzt zugegen. Nachdem dieser die Toten begutachtet hatte, wurde das Grab wiederum zugeschaufelt.¹

Im Rahmen einer Such- und Umbettungsaktion Ende der 1960er Jahre durch das Österreichische Schwarze Kreuz und den Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge wurde das kleinere Massengrab mit 18 Toten gefunden. Deren Leichen wurden im März 1970 auf dem Jüdischen Friedhof in Graz bestattet.² In den darauffolgenden Jahrzehnten wurde die exakte Lage des Massengrabes verdrängt, Dokumente dazu sind unauffindbar. Die erste Suchgrabung zur Wiederentdeckung in unmittelbarer Nähe zum Kreuzstadl fand im Frühjahr 1988, die zweite im Oktober 1988 statt, beide ohne Ergebnis. Neuerliche Suchaktionen vom Verband Deutscher Kriegsgräberfürsorge unter der Leitung von Horst Littmann im Dezember 1990 wurden abgebrochen. Im Zuge der Dreharbeiten zum Film »Totschweigen« von Eduard Erne und Margarethe Heinrich im Jahr 1990 blieb ein Aufruf des katholischen Dechanten Andreas Wurzer, des evangelischen Pfarrers Ulrich Haas und des Oberschulrates und Hauptschuldirektors i.R. Wilhelm Gregorich mit dem Ziel, Hinweise aus der Bevölkerung über die Lage des Grabes zu erhalten, ohne Erfolg. Weitere Grabungen folgten. Insgesamt gab es bisher zwölf Versuche das Grab zu finden, an denen der Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge, die Israelitische Kultusgemeinde Wien, der Verein Schalom, das Bundesministerium für Inneres (Abteilung für Kriegsgräberfürsorge und Gedenkstätten), das Institut für Ur- und Frühgeschichte, das Institut für Geographie und Regionalforschung sowie das physiogeographische Labor der Universität Wien mitwirkten. Die Ergebnisse der letzten Suche im Frühjahr des Jahres 2012 stehen derzeit noch aus. Laut Bundesministerium für Inneres und Bundesverband der Israelitischen Kultusgemeinde wird die Suche so lange fortgesetzt, bis die Leichen der Opfer gefunden werden. Dies geschieht aus der Verpflichtung heraus, die hier ermordeten Menschen in gebührender Weise und nach jüdischer Zeremonie bestatten zu können.

Der Ort Rechnitz

Rechnitz, eine Marktgemeinde mit 3200 Einwohnerinnen und Einwohnern, liegt am Südhang des Günsgebirges am Fuße des 884 m hohen Geschriebensteins, der höchsten Erhebung des Burgenlandes und Westungarns. Bereits um 500 v. Chr. war dieses Gebiet besiedelt. 1260 erfolgt die erste urkundliche Erwähnung. 1348 erhielt Rechnitz das Marktrecht. Unter der Herrschaft der Grafen Batthyány entwickelte sich Rechnitz an der Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert zu einer eigenständigen wirtschaftskräftigen Herrschaft mit einer großen und bedeutenden jüdischen Gemeinde. Diese hatte um 1850 mit 850 Mitgliedern ihren Höchststand. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts, im Zuge der Industrialisierung und der sich damit verschlechternden wirtschaftlichen Situation, wanderten viele Rechnitzer Familien, darunter auch jüdische, in die größeren Städte Budapest, Szombathely, Wien oder nach Übersee aus. Nach dem Ersten Weltkrieg und dem Anschluss des bisher ungarischen Gebietes an Österreich geriet Rechnitz in eine Grenzlage ohne Hinterland. Am Ende des Zweiten Weltkrieges kam es in und um Rechnitz zu schweren Kämpfen mit großen Verwüstungen und Zerstörungen.³

Verdrängen und Vergessen

Wie in den anderen Städten und Dörfern widmeten sich auch die Rechnitzerinnen und Rechnitzer nach dem Zweiten Weltkrieg ganz dem Wiederaufbau. Die Gewalt und die Verbrechen des Nationalsozialismus wollte man vergessen. Das Schicksal der Rechnitzer Jüdinnen und Juden war genauso wenig Thema wie das der ungarischen jüdischen Zwangsarbeiter. Von den rund 130 im Jahr 1938 vertriebenen Jüdinnen und Juden waren viele von den Nationalsozialisten ermordet worden, nur eine Familie kehrte nach Rechnitz zurück. In Rechnitz herrschte ein Klima der Angst, das auch von regionalen Medien geschürt wurde. Während der Prozesse vor dem Volksgericht gegen die Verdächtigen des Kreuzstadl-Massakers waren nämlich mehrere Personen, darunter zwei Zeugen der Anklage, ermordet worden. Karl Muhr, der in der Mordnacht die Waffen an die Mörder ausgab, wurde vor seiner Zeugenaussage tot im Wald aufgefunden. Aladar Horvath, Dentist und Helfer des örtlichen Arztes, der die stichprobenartige Exhumierung wenige Wochen nach Kriegsende vorgenommen hatte, wurde mit Genickschüssen in einem Brunnen gefunden. Auch die ungeklärten Morde an dem Bauern Michael Babzel und dem Juden Nikolaus Weiß, der sich auf dem Weg zum Lokaltermin nach Rechnitz befand, wurden mit einer Naziverschwörung in Zusammenhang gebracht.⁴ Keiner dieser Fälle konnte je aufgeklärt werden.

Bereits zu Beginn der 1950er Jahre, nach einer kurzen Phase der Orientierung an Antifaschismus und Widerstandskampf und dem Versuch, NS-Gewaltverbrechen aufzuklären und zu ahnden, wurde es in Österreich politischer und gesellschaftlicher Konsens, NS-Verbrechen zu verdrängen und zu vergessen. Die Orte der Verbrechen sowie die Opfer selbst gerieten immer mehr in Vergessenheit.

Erinnern

Erst Mitte der 1980er Jahre begann eine neue Generation, unter dem Eindruck der »Waldheimaffäre«, der Problematik der unaufgearbeiteten militärischen Vergangenheit des ehemaligen UNO-Generalsekretärs und späteren Bundespräsidenten, Fragen nach der Verantwortung und Beteiligung der Österreicherinnen und Österreicher an den Verbrechen des Zweiten Weltkrieges und am Holocaust zu stellen. Eine neue Erinnerungs-



Blick von der Durchzugsstraße auf das Kreuzstadl-Areal am Abend, August 2012. Alle Fotos: Andreas Lehner

kultur entstand. In diesem Zusammenhang wurde die erste Initiative zur Errichtung eines Mahnmals zum Gedenken an das Kreuzstadl-Massaker von Hans Anthofer, eines im Burgenland und Österreich engagierten und bekannten Antifaschisten, gestartet. Er rief zur Unterzeichnung einer Unterschriftenliste mit folgendem Wortlaut auf: »Seither wächst nichts als Gras auf den Gräbern – auch das Gras der Vergessenheit. Den Vergangenheitsverdrängern und Mitschuldigen wäre es am liebsten, dass es so bleibt ... Wir, die Unterzeichneten, wollen, dass auf der blutgetränkten Erde von Rechnitz ein Mahnmal für die Opfer der Nazibarbarei errichtet wird, als Mahnwache, als stetes Gedenken, als Mahnung, damit sich die Zeit ohne Gnade nicht wiederholt.«⁵

In der Ausstellung »Naziherrschaft und was uns blieb« im autonomen Kulturzentrum »Offenes Haus Oberwart« wurde 1989 an die Opfer von Rechnitz erinnert und die Errichtung einer Gedenkstätte gefordert. Die Arbeit an dieser Ausstellung und die intensive Auseinandersetzung mit dem Thema waren Ausgangspunkt für die spätere Gründung der »Rechnitzer Flüchtlings- und Gedenkinitiative und Stiftung«.

RE.F.U.G.I.U.S.

Im Februar 1991 entstand rund um das Antifaschistische Personenkomitee Burgenland und den Verein »Grenzlos«, unter Beteiligung des Pianisten Paul Gulda die Initiative RE.F.U.G.I.U.S. – Rechnitzer Flüchtlings- und Gedenkinitiative und Stiftung. Sie setzte es sich zum Ziel, an die Gräueltaten des Nationalsozialismus zu erinnern und dem Prozess des Vergessens entgegenzuwirken sowie, um einen Bogen zur Gegenwart zu spannen, ein Haus für Flüchtlinge in Rechnitz zu errichten. Kulturveranstaltungen und Benefizaktionen sollten dafür Bewusstsein schaffen und werben. Es folgte eine Vielzahl verschiedenster Aktivitäten und Veranstaltungen, u.a. wurde an der ehemaligen Synagoge der jüdischen Gemeinde von Rechnitz eine Gedenktafel feierlich enthüllt, die bereits 1990 angebracht worden war: »Zum Gedenken an den Leidensweg unserer ehemaligen jüdischen Mitbürger. Hier stand ihr Bethaus. Es wurde 1938 von den Nationalsozialisten zerstört. Gewidmet Gemeinde Rechnitz.«

Nach jahrelangen Bemühungen konnte im Schlosspark von Rechnitz ein Gedenkstein für die Opfer des Kreuzstadl-Massakers und für vier Rechnitzer Widerstands-



kämpfer errichtet werden. Benefizkonzerte von Paul Gulda und Freunden im März, Juni und Juli 1992 brachten Geld für das geplante Haus der Flüchtlinge. 1992 konstituierte sich RE.F.U.G.I.U.S. als Verein. Innerhalb von RE.F.U.G.I.U.S. formierte sich die Kreuzstadl-Initiative auf Anregung Marietta Torbergs und des burgenländischen Bildhauers Karl Prantl, um die Ruine des Kreuzstadls zu erwerben. Durch Spenden konnte die Kreuzstadl-Initiative das Grundstück rund um den Kreuzstadl ankaufen und durch Renovierungsarbeiten die Ruine vor dem Verfall bewahren. Um die kostspielige Erweiterung des Areals in größerem Ausmaß hat sich besonders das Ehepaar Becker, Baierbrunn/München, verdient gemacht.

Am 14. November 1993 wurde das Mahnmal »Kreuzstadl« im Rahmen einer Gedenkfeier dem Bundesverband der Israelitischen Kultusgemeinden im Beisein von Präsident Paul Grosz und Oberrabbiner Paul Chaim Eisenberg übergeben. Zur selben Zeit entstand eine heftige Diskussion um das von RE.F.U.G.I.U.S. geplante »Haus der Flüchtlinge«. Der »Freiheitliche Gemeindekurier«, ein rechtspopulistisches Parteiblatt der freiheitlichen Partei von Rechnitz, warnte vor einem »zweiten Traiskirchen«, dem größten Flüchtlingsauffanglager Österreichs und vor den besonders schlimmen Folgen für den Fremdenverkehr. In einer gemeinsamen Sitzung von Vertretern der katholischen und evangelischen Kirche, der politischen Gemeinde Rechnitz sowie RE.F.U.G.I.U.S. wurde versucht, einen Weg für das geplante »Haus der Flüchtlinge«, mit Wohnraum für maximal zehn Personen in zwei Familien zu finden.⁶ Diese Vorhaben fand seitens der politischen Gemeinde keine Unterstützung. In einem Gemeinderatsbeschluss wurden die kulturellen Veranstaltungen des Vereins RE.F.U.G.I.U.S. zwar begrüßt, der Verein aber ersucht, die Veranstaltungen nicht mehr unter dem Motto »Haus der Flüchtlinge« durchzuführen⁷.

Auch ein Grund für den Meinungsumschwung der Gemeindevertretung dürften die Vorkommnisse rund um den Film »Totschweigen« von Margaretha Heinrich und Eduard Erne gewesen sein. Die Filmschaffenden begleiten vier Jahre lang die Suche nach dem Massengrab der ungarisch-jüdischen Zwangsarbeiter und beleuchten den historischen Hintergrund der Deportationen ungarischer Juden. Er beschreibt das Verhältnis der Rechnitzerinnen und Rechnitzer zu den Ereignissen im Jahr 1945, erzählt

Der Informations- und Dokumentationsbereich in der Abenddämmerung im August 2012

von ihren Erinnerungen und ihren Reaktionen auf die Suche. Die Gemeindevertretung verweigerte die Unterstützung der Uraufführung dieses Films in Rechnitz, der seither weithin bekannt wurde, mit dem Argument, dass große Teile der Bevölkerung dies nicht billigen würden. Für die Premiere des Films am 23. Mai 1994 stellte der örtliche katholische Pfarrer das Pfarrheim zur Verfügung, das schließlich derart überfüllt war, dass neben dem großen Veranstaltungssaal auch in den kleineren Räumen Fernsehapparate aufgestellt werden mussten, um allen Interessierten den Film zeigen zu können.

Gedenken

Enttäuscht von der Ablehnung vor Ort verlegte RE.F.U.G.I.U.S. in der Folge seine kulturellen Aktivitäten auf Landesebene. Es folgten Veranstaltungen in Städten und größeren Gemeinden des Burgenlandes. Zu dieser Zeit rückte das Thema »Mahnmal Kreuzstadl« immer mehr in den Vordergrund der Arbeit von RE.F.U.G.I.U.S. Bei einer Gedenkfeier am 26. März 1995, anlässlich des 50. Jahrestages des Massakers beim Kreuzstadl, wurde ein Gedenkstein des Bildhauers Karl Prantl enthüllt. 1997 beschlossen der Bundesverband Israelitischer Kultusgemeinden sowie der Verein RE.F.U.G.I.U.S. die Tradition eines jährlichen Gedenkens an alle jüdischen Opfer des Südostwallbaus beim Kreuzstadl in Rechnitz zu begründen.⁸

RE.F.U.G.I.U.S. begann Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des Landes Burgenland über ein burgenländisches »Landesmahnmal Kreuzstadl« zu führen. Grundsätzlich wurde die Idee begrüßt. Mit der Burgenländischen Landesregierung wurden Vorgehensweisen und Planung des Vorhabens diskutiert. Der damalige Landeshauptmann Karl Stix regte die Schaffung einer breiten Plattform an, die die Idee eines Landesmahnmals in Rechnitz mittragen sollte. Auch die Zustimmung der Gemeindevertretung Rechnitz zu einem »Landesmahnmal Kreuzstadl« war gewünscht. Im Herbst 1998 fanden Gespräche zwischen RE.F.U.G.I.U.S. und den Gemeinderatsfraktionen von SPÖ, ÖVP und FPÖ statt. Prinzipiell wurde von keiner Fraktion ein Landesmahnmal abgelehnt, jedoch wollten die Fraktionen zuerst untereinander zu einer Entscheidungsfindung kommen. – Dazu kam es nie.

Das Hinhalten und die Weigerung seitens der politischen Verantwortungsträgerinnen und -träger Entscheidungen zu treffen, veranlasste RE.F.U.G.I.U.S. auf die Unterstützung der Politik zu verzichten und die Mittel für die Erweiterung des Areals und das »Mahnmal Kreuzstadl für alle Opfer des Südostwallbaus« durch private Spenden aufzubringen.⁹ Beeinflusst wurde diese Entscheidung auch von der zu diesem Zeitpunkt geführten Diskussion über das Konzert der Wiener Philharmoniker im Steinbruch der Gedenkstätte Mauthausen unter der neuen ÖVP-FPÖ-Koalitionsregierung. Eine eventuelle Einflussnahme der Parteipolitik auf die Gedenkarbeit wollte RE.F.U.G.I.U.S. vermeiden. Gleichzeitig wurde beschlossen, Politikerinnen und Politiker in Zukunft nicht aktiv um Redebeiträge beim Kreuzstadl zu ersuchen, wobei eine freiwillige Teilnahme ausdrücklich begrüßt wird.

Im Frühjahr 2000 wurde die Aktion »Baumpatenschaft« für ein Mahnmal Kreuzstadl für alle Opfer des Südostwallbaus gestartet. In dem Schreiben dazu heißt es: »Wir meinen, dass das Gedenken, die Last der Erinnerung, nicht nur einer Gruppe von Menschen, nicht nur einem Ort allein aufgebürdet werden soll. Ohne von Schuld zu sprechen, so ist doch das kollektive Gedächtnis unseres ganzen Landes gefordert, um diese traumatischen Jahre der heimischen Geschichte zu verarbeiten. Im vorliegenden

Projekt soll durch die Übernahme von Baumpatenschaften die Einbindung und Solidarisierung weiterer Kreise erzielt werden. Das Gelände (Gesamtfläche 15 000 m²) soll mit Bäumen und Sträuchern eingefriedet werden: Eine geschützte Stätte, die zur Besinnung einlädt. Wie auch in Israel und anderen Ländern gute Tradition, sollen blühende Bäume neues Leben, neues Denken aus den Ruinen der Vergangenheit symbolisieren.«¹⁰

Etwa 20 Gemeinden beteiligten sich an dieser Aktion. Aber vor allem Privatpersonen folgten dem Aufruf, sodass das Grundstück rund um den Kreuzstadl angekauft und mit Bäumen umpflanzt der Israelitischen Kultusgemeinde übergeben werden konnte. Bei der Gedenkfeier im März 2001 wurde die Erweiterung des bestehenden Mahnmals Kreuzstadl zu einem Mahnmal für alle Opfer des Südostwallbaus – sichtbar gemacht durch die Umfriedung des Areals mit jungen Ahornbäumen – präsentiert.

Ort der Erinnerung, des Gedenkens und Nachdenkens

RE.F.U.G.I.U.S. setzte sich zum Ziel, das Kreuzstadl-Areal zu einem Ort auszugestalten, der für viele Menschen Erinnern, Gedenken und Nachdenken möglich macht: Der Kreuzstadl soll nicht nur als steinerner Zeuge für sich stehen, sondern als lebendiges Mahnmal eine besondere Sinnggebung erfüllen: »Ein Ort (...) hält Erinnerungen nur dann fest, wenn Menschen auch Sorge dafür tragen«¹¹, wurde zum Leitsatz für die zukünftige Arbeit von RE.F.U.G.I.U.S.

Ideen wurden diskutiert, Visionen entwickelt, Diskussionen geführt und Projekte initiiert und durchgeführt. Das Buchprojekt »Rechnitzer Geschichten«, in dem 16 Rechnitzerinnen und Rechnitzer zu ihren Erinnerungen an die Zeit des Nationalsozialismus und die »Russenzzeit« interviewt wurden, war ein erster Schritt zu mehr und besseren Verständnis der Anliegen von RE.F.U.G.I.U.S.¹² Für RE.F.U.G.I.U.S. stand vor allem die Erinnerungs- und Gedenkarbeit, weniger die Suche nach dem Massengrab im Mittelpunkt der Arbeit. Doch gerade im Gedenkjahr 2005 wurden Stimmen von Personen des öffentlichen Lebens laut, die an der Tatsache des Kreuzstadl-Massakers zweifelten und von einem »Kreuzstadl-Mythos« sprachen.

RE.F.U.G.I.U.S. gründete gemeinsam mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens (Historikerinnen und Historikern, Journalisten, usw.) eine Plattform, um Informationen zum Tathergang zu sammeln und neue Quellen aufzutun, neuen Hinweisen nachzugehen und neuerliche Grabungen möglich zu machen. Es entstand die Website www.kreuzstadl.net, auf der Textsammlungen, Quellenmaterial und Quellenangaben umfassende Informationsmöglichkeiten bieten.

Schwieriger gestalteten sich die Versuche, Kontakte zu ungarischen Institutionen, Vereinigungen oder Einzelpersonen herzustellen. Im Jahr 2005 nahm erstmals eine Delegation der Israelitischen Kultusgemeinde Zalaegerszeg an der Gedenkfeier teil. Die Kontakte zu Ungarn konnten weiter intensiviert werden. Die Kultusgemeinde Zalaegerszeg enthüllte 2007 eine Gedenktafel am Kreuzstadl. Auch die Bemühungen, Freundschaften mit einzelnen Personen im nahen ungarischen Szombathely auf eine offizielle Ebene zu bringen, trugen Früchte. Das »EU Interreg III A«-Projekt »Jüdische Erinnerungszeichen in der West-Pannonischen EU-Region« wurde gemeinsam mit dem Ungarisch-Israelischen Freundschaftsverein Szombathely in den Jahren 2007/2008 durchgeführt. Es entstand das Buch »... eine Zeit zum Steine sammeln«. Es dokumentiert die wenigen heute noch sichtbaren Spuren jüdischer Kultur und jüdischen Lebens in Westungarn und dem Burgenland.



Bei der Gedenkfeier im März 2008 wurde der Rechnitzer Familie Tomsits gedacht und ein Baum gepflanzt. Die Familie hatte den ungarischen Juden Dr. Szekely Sandor eine Woche lang versteckt gehalten und ihm dadurch das Leben gerettet. Die Nachkommen von Maria und Michael Tomsits und der Bürgermeister Engelbert Kenyeri erhielten eine Ehrenurkunde von Univ.-Prof. Dr. Szablocs Szita, als Vertreter der Stiftung Erinnerung 1944-2004 aus Budapest.

Gedenkstätte Kreuzstadl

Trotz dieser unterschiedlichsten Aufgaben, die RE.F.U.G.I.U.S. übernahm, wurde das Ziel der Ausgestaltung des Mahnmals Kreuzstadl zu einer Gedenkstätte nie aus den Augen verloren. 2008 wurde das Projekt unter dem Titel »Museum Kreuzstadl« im EU-Programm »Europa für Bürgerinnen und Bürger – aktive europäische Erinnerung« eingereicht und genehmigt. Zusätzliche Förderungen durch den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus, den Zukunftsfonds, das Bundesministerium für Wissenschaft und

Das Kreuzstadl-Areal vor der Bepflanzung mit Ahornbäumen.

2001 wurde das Gelände des Mahnmals mit Bäumen umfriedet und dem Bundesverband der Israelitischen Kultusgemeinden übergeben. Foto: RE.F.U.G.I.U.S. 2000

Forschung, das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur und das Amt der Burgenländischen Landesregierung/Abt. 7 – Kultur, Wissenschaft und Archiv ermöglichten die Erarbeitung des Konzepts. 2009 wurde das Konzept mit Texten, Fotos und Objekten sowie den baulichen Umsetzungsplänen fertiggestellt. Es begannen die Bemühungen, die Finanzierung für den Bau sicherzustellen.

Am 25. März 2012, 20 Jahre nach der Gründung des Vereins RE.F.U.G.I.U.S., konnte die Gedenkstätte eröffnet werden. Ermöglicht wurde das durch die finanzielle Unterstützung des Landes Burgenland, des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur und viele private Spenderinnen und Spendern sowie durch zahlreiche Sachspenden. Bei der Eröffnungsfeier richtete der Bürgermeister der Gemeinde Rechnitz, Engelbert Kenyeri, an RE.F.U.G.I.U.S. die Worte: »Danke, dass Sie dafür gesorgt haben, dass dieser Gedenkort entstehen konnte.« Dies ist Ausdruck für den Gesinnungswandel in der Gemeinde der letzten Jahre unter der neuen Gemeindeführung. Als Festredner vor rund 400 Gästen betonte der österreichische Bundespräsident Dr. Heinz Fischer, dass weiterhin dafür gesorgt würde, alles zu unternehmen, die Toten zu finden.

Die Konzeptarbeit von RE.F.U.G.I.U.S. für die Gedenkstätte wurde vom Gedanken getragen, Verantwortung für die Vergangenheit – die Verbrechen des Nationalsozialismus – und für die Gegenwart sowie für die Zukunft mitzutragen, indem die Erinnerung wach gehalten, Diskussionen angeregt, Kennenlernen gefördert und die Bereitschaft für ein Miteinander gestärkt werden. Gerade dieser Ort, wo der »Eiserne Vorhang« die Menschen lange voneinander getrennt hat, ist beispielhaft für die positive Entwicklung in einem gemeinsamen Europa. Aus der Sicht des Vereins RE.F.U.G.I.U.S. stellt das Projekt in mehrfacher Hinsicht einen wichtigen Schritt dar. Die furchtbaren Ereignisse in der ungarisch-burgenländischen Grenzregion und die Todesmärsche sind immer noch wesentlich weniger im Bewusstsein der Öffentlichkeit verankert als etwa die Konzentrations- und Vernichtungslager Mauthausen, Hartheim oder beispielsweise



Bei der Eröffnung am 25. 3. 2012 waren rund 400 Personen anwesend. Foto: Lisa Bolyos

Auschwitz, Treblinka oder Sobibor. Und das, obwohl die Verbrechen nicht irgendwo weit weg geschahen, sondern vor den Augen der Bevölkerung. Durch den Hinweis auf den gesamten Kontext wird auch die einseitige Last vom Ort Rechnitz genommen, der mit dem historischen Stigma »Kreuzstadl-Massaker« assoziiert wurde. Darüber hinaus stellt das Gedenken an ungarische Opfer eine Geste im Sinn der europäischen Nachbarschaft dar. Zuletzt manifestiert der Verein auch für sich selbst das Resultat jahrelanger Arbeit im Dienst von Aufklärung, Forschung und Gedenken.

Ein Team von Künstlern, Museumsexpertinnen und -experten und Wissenschaftlerinnen und -schaffern durchlief mit Unterstützung von ungarischen Kolleginnen und Kollegen einen langen Denk- und Arbeitsprozess. In ihm wurden Ideen, Pläne und Entwürfe diskutiert, verworfen, neu angedacht, wiederum besprochen, auf Umsetzbarkeit überprüft. Diese ständigen Diskussionen ließen das Konzept reifen. Die Gemeinde Rechnitz wurde ebenso in die Arbeit mit einbezogen wie eine Gruppe von Studierenden der Universität Wien.

Die bauliche Umsetzung

Das Team »Bau und Architektur« bestand aus Bauplanern und Künstlern in enger Zusammenarbeit mit der Gesamtkoordination und Wissenschaft (Paul Gulda, Horst Horvath, Wolfgang Horvath, Wolfgang Krutzler, Andreas Lehner, Birgit Schützenhofer, Mag. Eva Schwarzmayr, Dr. Christine Teuschler).

Ursprüngliche Idee war es, ein unbetreutes, permanent zugängliches »Open-Air-Museum« zu schaffen. Bei der intensiven Beschäftigung mit der baulichen Gestaltung trat auch immer stärker der Anspruch in den Vordergrund, möglichst wenig in das Kreuzstadl-Areal einzugreifen. So entstand die Idee eines unterirdischen Museums, die lange diskutiert und geplant wurde. Schließlich wurde dieser Plan wieder verworfen – zu hohe Kosten und vor allem die zu große Abweichung vom eigentlichen Vorhaben, des »Open-Air-Museums«, waren ausschlaggebend. Die nun frei stehende

Ausstellungskonstruktion beruht auf einem Entwurf des Künstlers Wolfgang Horwath, für die museale Konzeption zeichnet Andreas Lehner verantwortlich. Dabei wird das Kreuzstadl-Areal durch eine offen angelegte Ausstellungsinstallation definiert, welche sich sanft in das Gelände fügt, ohne dabei die Aura des Kreuzstadels zu stören. Dieser definierte Gedenkort wird in Form eines gebogenen Grabens beschrieben – an den beiden Enden und auf der inneren Bogenseite sanft auslaufend, zur anderen Seite mit einer Beton-Stützmauer klar abgegrenzt. Damit nimmt der Graben das zentrale Thema »Südostwallbau« auf, symbolisiert aber ebenso das Schicksal der ermordeten und verscharrten Opfer und die schon so lang anhaltende Suche nach ihrem Grab.

Die 13 auf einer Beton-Stützmauer montierten Glastafeln (270 × 150 cm) bieten Schutz mit der Funktion eines Geländers zum Graben hin. Vom Graben aus gesehen sind sie lesbare Informations- und Bildtafeln, wobei sich das Glas als transparenter und unaufdringlicher Informationsträger bewährt. Die Besucher nähern sich von den sanft absteigenden Seiten und befinden sich somit in dem 1,5 Meter vertieften, ca. 4 Meter breiten und ca. 60 Meter lang verlaufenden Bogen, der sie wieder heraus aus der Tiefe direkt vor den Kreuzstadel führt. Auf diesem Weg finden die Besucher neben den Glastafeln auch Video- und Schaukästen. Diese sind zum Schutz vor Witterung und aus ästhetischen Gründen mit Stahlblech ummantelt und in Form von hochgestellten Quadern verteilt. Die Installation eröffnet den Besucherinnen und Besuchern einen Raum, der durch seine Gestaltungsform nicht nur die historischen Ereignisse dieses Ortes vermittelt, sondern auch die Möglichkeit der meditativen Vertiefung bietet.

Die Inhalte und deren Darstellung

Das Team, das sich mit der inhaltlichen Darstellung befasste, bestand aus Historikerinnen und Historikern, Erwachsenenbildnerinnen und -bildnern sowie Künstlern, Medienexperten (Zsuzanna Eck-Varga, Paul Gulda, Dr. Eleonore Lappin, Dr. Adolf Lang, Andreas Lehner, Dr. Ludwig Popper, Johannes Reiss, Walter Reiss, Birgit Schützenhofer, Mag. Eva Schwarzmayer, Dr. Szabolcs Szita, Dr. Christine Teuschler).

Seit mehr als zehn Jahren schon steht das Mahnmal Kreuzstadl als Symbol des Gedenkens für alle Opfer des Südostwallbaus. Ziel war es also, dieses Denkmal mit dem Lernort sensibel zu verknüpfen. Um das zu erreichen, war es notwendig, die Vorkommnisse ausführlich zu dokumentieren. Bisher gab es zu diesen Themen vereinzelte Aufsätze, Diplomarbeiten, aber keine wissenschaftliche, pädagogische Aufbereitung, die einen Überblick über die Ereignisse geben kann. Die Verbrechen, die »vor der eigenen Haustür«, im eigenen Dorf, von Einheimischen, u.a. vom Volkssturm und der Hitlerjugend, im Zuge des Südostwallbaus und der Todesmärsche begangen wurden, werden vielfach noch immer verdrängt und verschwiegen. Mit der Darstellung dieser Verbrechen im öffentlichen Raum, immer zugänglich, immer sichtbar, wird eine Möglichkeit geschaffen, dieses Thema an die Öffentlichkeit zu bringen.

Das Team Wissenschaft stellte es sich zur Aufgabe, einen Ort zu gestalten, dessen Intention es ist, zu informieren, Wissen zu vermitteln und Anregung zur Beschäftigung mit der Vergangenheit zu bieten, um daraus auch Lehren für die Gegenwart und die Zukunft zu ermöglichen. Für die heutigen und die künftigen Generationen soll es ein Lernort sein, der, ausgehend von der Erinnerung und dem Gedenken an die Leiden der ungarischen Jüdinnen und Juden, Wissen vermittelt und daraus folgend Demokratie, Menschenrechte, Toleranz und Pluralismus thematisiert. Darüber hinaus musste

bedacht werden, dass dieser Platz für die Angehörigen und die Nachkommen der Opfer ein Ort der Trauer, der Erinnerung und der Hoffnung ist.

Beispielhaft wird deshalb in der Ausstellung das Schicksal von einigen wenigen bekannten Opfern dargestellt, stellvertretend für die vielen unbekanntes Todesopfer, um ihnen ihre individuelle Identität und ihre Würde, die ihnen geraubt wurde, zurückzugeben und die Erinnerung an sie wach zu halten. Es wurden zehn Themenbereiche ausgearbeitet. Die Themenbereiche wurden in einen kurzen Informationstext – dieser auch auf Ungarisch und Englisch – und einen längeren, vertiefenden deutschsprachigen Text – gegliedert. Illustriert werden die Texte durch Fotografien, Grafiken und Karten, Video-Interviews, Sequenzen aus Wochenschauberichten sowie Filmdokumentationen. Auszüge aus der Lyrik des berühmten ungarischen Dichter Milkos Radnóti, der im November 1944 in Abda bei Győr ermordet wurde, machen die Erfahrungen und Leiden der ungarischen Juden während der NS-Herrschaft spürbar. »Wortspenden« von österreichischen Schriftstellerinnen und Schriftstellern (Clemens Berger, Elfriede Jelinek, Ruth Klüger, Robert Menasse, Martin Pollack, Doron Rabinovici, Vladimir Vertlib und Peter Wagner) erzählen vom Umgang mit NS-Verbrechen und von persönlicher Betroffenheit.

Die Themenbereiche gliedern sich in folgende Informations- und vertiefende Texte:

- Orte der Trauer und der Erinnerung
- Jüdisches Leben in Ungarn – Jüdisches Leben im Burgenland
- Der Südostwallbau – Planung und Durchführung des Südostwallbaus ab Oktober 1944
- Ungarische Jüdinnen und Juden beim Südostwallbau – Die ungarischen Jüdinnen und Juden und die Shoah
- Tatorte – Orte der Arbeits- und Sammellager – Orte von Massakern während der Todesmärsche
- Tatort Kreuzstadl – Das Massaker beim Kreuzstadl in Rechnitz
- Lebensgeschichten – Deszö Reichlinger, Géza und Árpád Vadász, László Blum, Gabriel Livne, László Steiner, Judita Hruza
- Das Massaker vor Gericht – Fememorde im Zuge des Verfahrens Rechnitz – Österreichs Nachkriegsjustiz
- Die Suche nach dem Grab – Die Aktivitäten von Organisationen und Wissenschaft
- Das Mahnmal Kreuzstadl – Geschichte und Entwicklung des Mahnmals Kreuzstadl – Chronologie des Vereins RE.F.U.G.I.U.S.

Eine der 13 gläsernen Tafeln ist leer geblieben. Sie wartet auf das Auffinden der Gräber und stellt gleichzeitig die Leere dar, die durch die Ermordung von Tausenden von Juden in persönlicher und familiärer wie in geistiger und kultureller Beziehung entstanden ist. Bereits in der ersten Konzeptbeschreibung zum »MUSEUM KREUZSTADL. Der Südostwallbau« wurde der Anspruch formuliert, dass ein Ort entstehen soll, der nicht mit Betroffenheitspädagogik arbeitet, sondern der Informationen gibt, der Wissen vermittelt und der Fragen stellt und zum Teil Antworten gibt, die für junge Menschen heute relevant sind. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden nicht nur Expertinnen und Experten in die Arbeit eingebunden, sondern war es ein ganz besonders Anliegen gemeinsam mit jungen Menschen zu arbeiten, deren Bedürfnisse zu erfragen, Umsetzungsideen einzuholen sowie diese in das Konzept einfließen zu lassen. Eine Gruppe

von Studierenden der Politikwissenschaft der Universität Wien leistete wichtige Arbeit bei den Lebensgeschichten der Opfer. Schülerinnen der Höheren Lehranstalt für Projektmanagement und Präsentation Oberwart setzten sich vor allem mit der für junge Menschen adäquaten baulichen Umsetzung sowie inhaltlichen Ansprüchen auseinander. Ihre Ideen und Wünsche wurden bei der Umsetzung berücksichtigt. Zudem waren der Ungarisch-Israelische Freundschaftsverein Szombathely, die Israelitischen Kultusgemeinden Zalaegerszeg und Szombathely wichtige Partner sowie Univ.Prof. Dr. Szabolcs Szita. Gemeinsame Arbeit verbindet hier ungarische und österreichische Vereine, Initiativen und Institutionen noch enger. An diesem Ort wird die Zusammenarbeit an einem gemeinsamen Thema und Anliegen sichtbar.

Das Projekt stellt den Anspruch, diesen Teil der Geschichte des Nationalsozialismus so aufzubereiten, dass Fragen gestellt werden können, die zur Diskussion der Weiterentwicklung eines gemeinsamen Europas anregen. Letztlich soll die Gedenkstätte vor jeder Form von Rassismus warnen, gerade auch vor den aktuell existierenden Erscheinungen. Die Gedenkstätte Kreuzstadl soll ein Ort sein, der in erster Linie Menschen aus Ungarn und Österreich anspricht, aber auch von Bedeutung für jene ist, die heute als Nachkommen der Opfer des Nationalsozialismus in aller Welt leben. Daher sind die Ausstellungstexte in Deutsch, Ungarisch und Englisch verfasst. Mit der Fertigstellung und der Eröffnung der Gedenkstätte Kreuzstadl, mit dem neuen Informations- und Dokumentationsbereich, haben die Vorstandsmitglieder des Vereins RE.F.U.G.I.U.S. – Paul Gulda, Ludwig Popper, Christine Teuschler, Eva Schwarzmayer, Birgit Schützenhofer, Horst Horvath, Andreas Lehner, Wolfgang Horvath, Walter Reiss und Erich Kovacs sowie die beiden leider viel zu früh verstorbenen Wolfgang Kubizek und Hans Anthofer – ein großes Ziel erreicht. RE.F.U.G.I.U.S. will mit der Gedenkstätte Kreuzstadl als Lernort, Erinnerungsort und Begegnungsort die Botschaft hinaustragen, die auf einer der Informationstafeln festgeschrieben ist: »Nur das Erinnernte, nicht das Vergessene, lässt uns lernen. Wir alle gestalten Geschichte, die Geschichte formt uns. Suchen wir Antwort auf Geschehenes, tragen wir Verantwortung für die Zukunft.«

Magistra Eva Schwarzmayer, geboren in Rechnitz, ist nach ihrem Geschichtsstudium in Wien seit 1995 RE.F.U.G.I.U.S.-Vorstandsmitglied. Seit 1999 ist sie Mitveranstalterin der jährlich stattfindenden RE.F.U.G.I.U.S.-Symposien sowie an der Konzepterstellung und Projektumsetzung der Gedenkstätte Kreuzstadl beteiligt.

- 1 Gregor Holzinger, Die Suche nach dem Massengrab in Rechnitz. In: Burgenländisches Landesarchiv (Hg.), Das Drama Südostwallbau am Beispiel Rechnitz. Daten, Taten, Fakten, Folgen. Burgenländische Forschungen. Bd. 98, Eisenstadt 2009, S. 21f.
- 2 Ebd.
- 3 www.rechnitz.at/de/gemeinde-rechnitz/die-gemeinde/geschichte
- 4 Vgl. Pressespiegel. www.kreuzstadl.net/downloads/pressespiegel_1948_51.pdf
- 5 Archiv RE.F.U.G.I.U.S., Hans Anthofer, Unterschriftenliste für die Errichtung eines Mahnmals in Rechnitz, o.J.
- 6 Archiv RE.F.U.G.I.U.S., Protokoll vom 25. 6. 1993
- 7 Archiv RE.F.U.G.I.U.S., Brief des Bürgermeisters an RE.F.U.G.I.U.S. vom 27. 12. 1994
- 8 Archiv RE.F.U.G.I.U.S., Einladung zur Gedenkfeier, 1997
- 9 Archiv RE.F.U.G.I.U.S., Protokolle 1997, 1998
- 10 Archiv RE.F.U.G.I.U.S., Brief an die Gemeinden, Juni 2000
- 11 Aleida Assmann, Das Gedächtnis der Orte, in: Borsdorf, Grüter (Hg), Orte der Erinnerung. Denkmal, Gedenkstätte, Museum, Frankfurt/M 1999, S. 59–77.
- 12 Eva Schwarzmayer, Rechnitzer Geschichten. Oberwart 2000

Das bayerische Netzwerk

HISTORISCH-POLITISCHE BILDUNG AN HISTORISCHEN ORTEN DES NATIONALSOZIALISMUS UND GEDENKSTÄTTENARBEIT

Bernhard Schoßig

Seit 2009 existiert in Bayern ein landesweites Netzwerk mit dem Schwerpunkt historisch-politische Bildung und Gedenkstättenarbeit, das inzwischen eine Reihe von Aktivitäten entwickelt hat. Die Anregung dazu ging im Jahr 2007 vom wissenschaftlich-pädagogischen Beirat von »Pädagogik rund um das Dokumentationszentrum« (DoKuPäd), einer Einrichtung des Kreisjugendrings Nürnberg-Stadt, aus. Anlass war die Feststellung, dass sich diese 2001 gegründete Einrichtung der außerschulischen historisch-politischen Jugendbildung außerordentlich erfolgreich entwickelt hatte, was zwar lokal, aber nicht überregional wahrgenommen wurde. Dem Beirat war überdies bekannt, dass auch in Dachau mit dem 1998 eröffneten Jugendgästehaus (JGH) Dachau eine ähnliche Erfolgsgeschichte existiert und dass es darüber hinaus eine Reihe von weiteren Projekten und Arbeitsansätzen in Bayern gibt, die in der historisch-politischen Bildung mit dem Schwerpunkt der NS-Geschichte aktiv sind. Deshalb wurde an das Institut für Jugendarbeit des Bayerischen Jugendrings in Gauting – der landesweiten Fach- und Fortbildungseinrichtung für Mitarbeiter/innen der bayerischen Jugendarbeit – die Anregung herangetragen, Mitarbeitende der verschiedenen Einrichtungen, Projekte, Verbände zu einem Fachgespräch einzuladen, bei dem eine Bestandsaufnahme und zugleich ein Austausch stattfinden soll. Das Thema »historisch-politische Bildung und Gedenkstättenarbeit« war dabei für das Gautinger Institut kein Neuland; denn schon in den 1980er Jahren hatte das Institut mehrere einschlägige Fachtagungen veranstaltet.¹ Die Vorbereitung wurde von einem kleinen Kreis übernommen, in dem DoKuPäd, das JGH Dachau, der Kreisjugendring (KJR) München-Stadt und das Institut für Jugendarbeit vertreten waren. In der Einladung zu dem Fachgespräch »Politische Bildung für Jugendliche an historischen Orten des Nationalsozialismus – eine Bestandsaufnahme« am 12./13. Januar 2009 heißt es: »Dieses Fachgespräch soll: Ein Forum bieten für historisch-politische Projekte der Jugendarbeit in Bayern, die sich im Rahmen der Gedenkstättenarbeit mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzen und dadurch Jugendliche politisch bilden. Die Veranstalter sollen sich hier präsentieren können. Es ist beabsichtigt, die Ergebnisse in einem kleinen Tagungsband zusammenzufassen und zu veröffentlichen. Der Bestandsaufnahme, dem Erfahrungsaustausch und dem Ausloten von Kooperationsmöglichkeiten zwischen den verschiedenen Einrichtungen dienen und somit die fachliche Diskussion fördern.«

Diese Tagung hat vor allem zwei Ergebnisse gezeitigt. Es wurde beschlossen, jährlich an wechselnden Orten ein Fachgespräch durchzuführen. Mit der Vorbereitung wurde eine Arbeitsgruppe beauftragt, der derzeit Manfred Huber (Institut für Jugendarbeit des BJR), Felizitas Raith (Max-Mannheimer-Studienzentrum/Internationales JGH Dachau), Dr. Anja Pröbß-Kammerer (DoKuPäd Nürnberg), Sylvia Schlund (KJR München-Stadt, Fachstelle Zeitgeschichtliche Projekte), Albert Feiber (Dokumentation Oberalzberg) und Dr. Bernhard Schoßig angehören. Hinzu kommen jeweils Vertretungen der örtlichen Einrichtung, in der die jeweilige Fachtagung stattfindet. Die Koordination

liegt in den Händen von Manfred Huber (Institut für Jugendarbeit). Zwischenzeitlich fanden Fachgespräche im JGH Dachau (2010), in der neuen Jugendbegegnungsstätte am Tower (Träger: KJR München-Land) in Oberschleißheim (2011) und in der Dokumentation Obersalzberg (2012) statt. Thema der diesjährigen Tagung war »Täterorte«, bei der Dr. Wolf Kaiser (Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz) einen zwischenzeitlich im GedenkstättenRundbrief veröffentlichten Vortrag über »Historisch-politische Bildungsarbeit an Täterorten und in Gedenkstätten. Unterschiede und Gemeinsamkeiten« gehalten hat.² Im kommenden Jahr (10./11. Januar 2013) wird das 5. Fachgespräch in der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg mit dem Themenschwerpunkt »Rezeptionsgeschichte des Nationalsozialismus« stattfinden.

Außerdem wurde beschlossen, eine Publikation herauszugeben, die die einschlägigen Einrichtungen und Projekte in Bayern vorstellen sollte. 2011 ist daraufhin der von Bernhard Schoßig im Auftrag des Instituts für Jugendarbeit herausgegebene Band »Historisch-politische Bildung und Gedenkstättenarbeit als Aufgabe der Jugendarbeit in Bayern. Einrichtungen – Projekte – Konzepte« in der von Robert Sigel und Bernhard Schoßig begründeten Reihe »Dachauer Diskurse. Beiträge zur Zeitgeschichte und zur historisch-politischen Bildung« erschienen.³ Da verschiedene Träger der Jugendarbeit und außerschulischen Bildungsarbeit eng mit Gedenkstätten und NS-Dokumentationszentren zusammenarbeiten, wurden auch Beiträge über die pädagogische Arbeit dieser Einrichtungen in die Veröffentlichung aufgenommen. Als weitere Aktivität des inzwischen entstandenen Netzwerkes fand im April dieses Jahres in Zusammenarbeit mit »Tandem – Koordinierungszentrum Deutsch-Tschechischer Jugendaustausch« eine sechstägige Exkursion für Mitarbeitende dieses Arbeitsfeldes zu den Gedenkstätten und Orten der Zeitgeschichte in der Tschechischen Republik statt. Es hat sich gezeigt, dass es auch auf bayerischer Ebene einen Bedarf an Fachveranstaltungen gibt, die durch das entstandene Netzwerk abgedeckt werden. Derartige Veranstaltungen bieten darüber hinaus die Chance, Kontakte und Austausch zwischen verschiedenen Einrichtungen und Orten herzustellen und gegebenenfalls auch Kooperationen einzugehen. Bisher stellt das Netzwerk eine lose Kooperationsform dar, die von dem Vorbereitungskreis und dem Gautinger Institut getragen wird. Im Oktober dieses Jahres wird sich der Vorbereitungskreis treffen, um über die Weiterentwicklung dieses Netzwerkes – etwa in Richtung einer bayerischen AG Gedenkstättenarbeit – zu beraten.

Dr. Bernhard Schoßig war 1997–2004 erster pädagogischer Leiter des Jugendgästehauses Dachau (heute: Max-Mannheimer-Studienzentrum – Internationales Jugendgästehaus Dachau), zuvor Dozent und Leiter des Fachbereichs Politische Bildung des Instituts für Jugendarbeit des Bayerischen Jugendrings in Gauting. Er ist heute als Lehrbeauftragter am Historischen Seminar der Ludwig-Maximilians-Universität München tätig.

1 So 1980 eine Tagung zu pädagogischen Strategien gegen den aufkommenden Rechtsextremismus bei Jugendlichen, 1983 zur pädagogischen Arbeit in Gedenkstätten und 1987 zum »Lernort Dachau«. Ausführlich dazu: Bernhard Schoßig: Historisch-politische Bildung und Gedenkstättenarbeit als Arbeitsfeld der bayerischen Jugendarbeit – ein Rückblick, in: Ders. (Hrsg.), Historisch-politische Bildung und Gedenkstättenarbeit als Aufgabe der Jugendarbeit in Bayern. Einrichtungen – Projekte – Konzepte (Dachauer Diskurse Bd. 5; zugleich Gautinger Protokolle 41), München 2011, hier insbesondere S. 17 ff.

2 GedenkstättenRundbrief Nr. 165, H. 4/2012, S. 13–24.

3 Bernhard Schoßig (Hrsg.): Historisch-politische Bildung und Gedenkstättenarbeit als Aufgabe der Jugendarbeit in Bayern. Einrichtungen – Projekte – Konzepte (Dachauer Diskurse Bd. 5; zugleich Gautinger Protokolle 41), München 2011.

Buchbesprechungen

Ines Reich und Maria Schultz:

Sowjetisches Untersuchungsgefängnis Leistikowstraße Potsdam

Carola Rudnick Nur einen Steinwurf entfernt vom Potsdamer Schloss Cecilienhof gelegen, erstreckte sich zwischen 1945 und 1994 das sowjetische »Militärstädtchen Nr. 7«. Über vierzig Jahre lang war es Sitz der Hauptverwaltung der militärischen Spionageabwehr der sowjetischen Streitkräfte. Das »Städtchen« wurde als einer der letzten russischen Standorte in Deutschland aufgelöst. Zentrale Einrichtungen der sowjetischen Spionageabwehr wurden geschlossen, so auch das Durchgangs- und Untersuchungsgefängnis in der Leistikowstraße 1. Dort wurden Häftlinge aus der gesamten sowjetischen Besatzungszone und der DDR gefangen gehalten. In den Anfangsjahren wurde den sowjetischen Häftlingen »Fahnenflucht«, »Vaterlandsverrat«, »Kollaboration« und »Spionage« vorgeworfen. Die deutschen Häftlinge klagte das Sowjetische Militärtribunal wegen »NS-Kriegsverbrechen«, »Werwolf-Tätigkeit«, Mitgliedschaft in einer »konterrevolutionären Organisation«, »antisowjetischer Propaganda«, »Sabotage« und dergleichen an. Eine Verteidigung im rechtsstaatlichen Sinne existierte nicht. Vielmehr genügten Indizien, Denunziationen und z.T. unter Gewaltanwendung und Folter erpresste Aussagen als Grundlage für zehn- bis 15- oder 20- bis 25-jährige Lagerstrafen. Lapidar wurden Todesstrafen verhängt und dann vor allem in Moskau vollstreckt. Nach Abschluss des Staatsvertrages zwischen der DDR und der Sowjetunion im September 1955 wurden ausschließlich Angehörige der sowjetischen Streitkräfte und Zivilangestellte der in Deutschland stationierten sowjetischen Einheiten hier inhaftiert. Noch bis in die 1980er Jahre hinein herrschten menschenunwürdige Haftbedingungen.

Trotz der gegebenen Komplexität erarbeiteten die Mitarbeiter der Ende 2008 gegründeten Stiftung Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam über dieses zudem äußerst schwer erforschbare Kapitel der deutsch-sowjetischen Zeit- und Gegenwartsgeschichte in nur drei Jahren eine umfassende Dauerausstellung, die am 18. April 2012 unter lautstarkem Protest einiger ehemaliger deutscher Inhaftierter und ihres Unterstützungsvereins sowie entsprechendem Medienrummel eröffnet wurde. Der Katalog gibt nun diese neue, bis heute umstrittene Dauerausstellung in all ihren Facetten und unter Einbeziehung einer großen Auswahl an Exponaten und Auszügen aus Medienstationen wieder. Darüber hinaus belegt er, dass die Kritik der Ausstellungsgegner geradewegs ins Leere führt.

Statt durch Auslassungen zu bagatellisieren, wie der Vorwurf lautet, nehmen die Gedenkstättenleiterin Ines Reich und die wissenschaftliche Mitarbeiterin Maria Schultz gerade solche schmerzlich klaffenden Lücken in Angriff, die bislang keiner (insbesondere keiner ihrer Widersacher) so recht zu schließen vermochte. Sie dokumentieren erstmals quellenreich das System der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland von Frühjahr 1945 bis zum Abzug 1994 und sie stellen bislang einmalig das breite Spektrum der verschiedenen Häftlings- und Opfergruppen des sowjetischen Geheimdienstes umfassend dar, einschließlich der von der Forschung bislang wenig beachteten Oppo-



Ines Reich/Maria Schultz (Hrsg.):
Sowjetisches Untersuchungsgefängnis
Leistikowstraße
Potsdam,
Metropol Verlag, Berlin
2012. ISBN 978-3-
86331-072-1; 237 S.;
€ 19,-

sitionsgruppen in der ostdeutschen Besatzungszone und der frühen DDR. Analog zur Ausstellung nehmen 19 ausführliche Einzelbiografien von Häftlingen breiten Raum ein. Aber auch die Verantwortlichen, ihre Peiniger bleiben nicht anonym. Die Täter werden mit Ross und Reiter genannt. Stellvertretend für Brüche und Abweichungen in den eigenen Reihen wird der Überläufer Rafail Goldfarb eingehender beschrieben. Die willkürliche interne Verfolgung von Angehörigen der Spionageabwehr wird mit dem Fall der Marie Luise Steinert thematisiert. Als ihr Vorgesetzter abberufen wurde, entsorgte dessen Nachfolger sie gleich mit: Sie bekam 15 Jahre Gulag für angebliche »Spionage«.

Die Herausgeberinnen vermeiden bei ihren Darstellungen normative Wertungen, geschichtspolitische Aufladungen und Zuschreibungen. Vielmehr orientieren sie sich an gesicherten Fakten und behandeln die unterschiedlichen Häftlingsgruppen mit großer Sensibilität, ohne wissenschaftliche Standards zu vernachlässigen. Auch wenn einzelne Opfervertreter darin eine Verharmlosung von Verbrechen sehen wollen, der Begleitband gibt Schönfärberei nicht her. So beschreiben die Autorinnen vollkommen unmissverständlich Despotismus und Unrechtsstaatlichkeit. Auch werden die menschenverachtenden Ermittlungsmethoden, die hanebüchener »Gerichtsverfahren« und unmenschlichen Haftbedingungen schonungslos dargestellt. Die Einzelbiografien bilden zugleich die vorgefundene Breite und Vielfalt ab, begünstigen und unterminieren keine Personen oder Gruppen. Der Abdruck von Grußworten zweier ehemaliger Häftlinge ist keine leere Geste, sondern Konzept.

Mit der Betonung des lebensgeschichtlichen Ansatzes und mit der Wiedergabe der Verfolgungsvielfalt reiht sich die Arbeit der »Leistikowstraße« in die zeitgenössische Didaktik und Ästhetik von Gedenkstätten ein, ohne sich damit zu begnügen. Die Herausgeberinnen zeigen die inneren Strukturen des Geheimdienstes mit seinen Vernetzungen nach außen auf. Sie stellen die Verbindung her zwischen Überwachung bzw. Verfolgung durch die Spionageabwehr und den verschiedenen Lager- und Gefängnissen. Auf diese Weise wird das Untersuchungsgefängnis nicht isoliert betrachtet, sondern angemessen als Teil des stalinistischen Speziallager- und Gulag-Systems, des MfS-Überwachungsapparates und des DDR-Strafvollzugs im Klima des Kalten Krieges dokumentiert; dies ist äußerst verdienstvoll.

Bislang einmalig werden auch die Vorgeschichten von Speziallagerhaft, von Haft im sowjetischen Gulag und in den (MfS-)Strafvollzugseinrichtungen erzählt. Ausgezeichnet ist zudem die Deutung der Häftlingsinschriften. Die mühsame Rekonstruktion der biografischen Hintergründe der vorgefundenen Einritzungen lässt sich nur erahnen. Von den über 1200 Inschriften werden 13 für den Leser dechiffriert. Die lebensgeschichtliche Einrahmung der beklemmenden Zeugnisse von Verzweiflung gehört ohne Zweifel zu den überraschendsten und stärksten Elementen des Begleitbandes zur Ausstellung.

Von geringerer Bedeutung sind daher irreführende Hinweise auf nicht abgedruckte Dokumente und Abbildungen. Auch kleinere redaktionelle Fehler sind zu verschmerzen. Schwerer wiegt dagegen die Einmischung politischer Amtsträger in die Textgestaltung, wie sie laut Presseberichten (Märkische Allgemeine vom 17. 4. 2012) stattgefunden hat.

Insgesamt bleibt den Gedenkstättenmitarbeiterinnen nur zu wünschen, dass ihr Auftakt zur fundierten Lückenschließung nicht nur die gebotene wissenschaftliche Resonanz, sondern zukünftig auch mehr (geschichts-) politische Zurückhaltung erfährt.

Dr. Carola S. Rudnick promovierte über »Die andere Hälfte der Erinnerung. Die DDR in der deutschen Geschichtspolitik nach 1989« (erschienen 2011). Derzeit erarbeitet sie pädagogische Konzepte für die Gedenkstätten Augustaschacht und Gestapokeller Osnabrück. Seit September 2012 Mitarbeit im ESF/EU-geförderten Projekt für die Lüneburger Gedenkstätte zur »NS-Psychiatrie«/NS-»Euthanasie«.

Die Türkei, die Juden und der Holocaust – Erste wissenschaftliche Monografie zum Holocaust auf Türkisch

Sonja Galler Die Türkei war während des Zweiten Weltkriegs weder Kriegspartei oder besetzt, noch herrschte in dem Land offener Antisemitismus. Trotzdem war die Politik der Türkei für mehrere Gruppen von Juden von entscheidender Bedeutung: für die etwa 75 000 Juden in der Türkei, die Juden aus Zentral- und Osteuropa, für welche die Türkei aufgrund ihrer geografischen Lage ein wichtiges potenzielles Flucht- oder Transitland wurde, und für die etwa 20 000 bis 25 000 Juden türkischer Herkunft in Europa.

Aus verschiedenen Gründen erfuhr die Türkei in der Holocaustforschung lange Zeit wenig Beachtung. Nur über das Exil einer recht kleinen, der türkischen Regierung willkommenen Gruppe von Wissenschaftlern und Fachleuten liegen zahlreiche Arbeiten vor, wozu auch die Ausstellung »Haymatloz« des Aktiven Museums in Berlin zu zählen ist. Erst 2008 erschien mit der Studie von Corry Guttstadt, »Die Türkei, die Juden und der Holocaust« (Assoziation A) die erste fundierte Untersuchung über die Politik der Türkei in Bezug auf den Holocaust. Darin räumt die Autorin nicht nur mit einigen Mythen in Bezug auf die »judenfreundliche« Politik der Türkei auf, die angeblich Tausenden jüdischer Flüchtlinge Aufnahme gewährte. (Tatsächlich untersagte ein Erlass von 1938 explizit verfolgten Juden die Einreise in die Türkei.)

Im Mittelpunkt ihrer Untersuchung steht das Schicksal der 20 000 bis 30 000 türkischen Juden, die in Europa lebten und Opfer der NS-Judenverfolgung wurden. Detailliert stellt die Autorin Leben und Verfolgung dieser meist sephardischen Juden dar, die in der Zwischenkriegszeit in zahlreichen europäischen Metropolen Europas eigene Gemeinden gegründet hatten. Die Türkei hat sich nie um eine Aufklärung ihres Schicksals bemüht. Generell ist das Wissen über den Holocaust in der Türkei sehr gering. Bis in dieses Jahr waren lediglich das Tagebuch der Anne Frank und Primo Levis »Ist das ein Mensch« ins Türkische übersetzt. Die nun erschienene türkische Ausgabe von Guttstadts Buch (Türkiye, Yahudiler ve Holokost) ist die erste wissenschaftliche Publikation zum Holocaust auf Türkisch überhaupt. Sie wurde am Ende um ein ausführliches Glossar ergänzt, das die wichtigsten Begriffe, Personen und Institutionen zum Holocaust erläutert. Dies macht die türkische Ausgabe zu einem wichtigen Hilfsmittel in der Bildungsarbeit.

Sonja Galler ist freie Autorin und Deutschlektorin an der Dicle Universität Diyarbakir, Türkei.



In Deutschland ist die türkische Ausgabe zu beziehen über:
Orient-Buch-Basar
Muskauer Straße 4
10997 Berlin
Tel. (030) 61280361
Fax (030) 61073291
info@edition-orient.de